

## Die Flüchtung des Archives der oberösterreichischen Landschaft in den Franzosenkriegen.

Von Dr. Ignaz Zibermayr.

Im Jahre 1783 war durch Kaiser Josef II. in Oberösterreich eine Landesregierung errichtet worden. Wie schon die Durchführung der Klostersaufhebung und die Gründung des Bistums in Linz sowie die Erwerbung des Innviertels die Erweiterung der Regierungsstelle zweckmäßig erscheinen ließen, so gab doch die Aufhebung der dem beabsichtigten Einheitsstaate entgegenstehenden ständischen Sonderverfassungen den eigentlichen Anlaß, an Stelle der bisherigen Landeshauptmannschaft eine wirkliche Landesregierung zu schaffen. Wie anderwärts wurde das Verordneten-Kollegium aufgelöst, und die ständischen Geschäfte sollten fortan mit jenen der Landesstelle gemeinsam behandelt werden. Der Präsident der Landesregierung war zugleich Oberhaupt der Stände und Chef des adeligen Landrechtes<sup>1</sup>. Außerlich kam dieser bedeutsame Wandel schon dadurch zum Ausdruck, daß die neuen staatlichen Aemter im Landhause untergebracht wurden. Ihre Kanzlei-gebarung, welche im „Amtsunterrichte“ vom 14. März 1784 niedergelegt ist, wurde auch für die ständischen Angelegenheiten maßgebend. Den Unwillen, welchen die überstürzten und keiner geschichtlichen Entwicklung Rechnung tragenden Reformen Kaiser Josefs II. erregt hatten, suchte sein Nachfolger Leopold II. durch Rückkehr zu den Zuständen, wie sie unter Maria Theresia geherrscht hatten, zu beseitigen. Auf diese Weise wurde den oberösterreichischen Ständen wieder jener Wirkungskreis verliehen, den sie vor 1783 besessen hatten. Am 9. Dezember 1790 erhielten die landschaftlichen Aemter wieder ihre besonderen Vorschriften, und am 22. Dezember des nächsten Jahres wurde eine eingehende Instruktion für das wieder erstandene Verordneten-Kollegium erlassen<sup>2</sup>. Die meisten staatlichen Kanzleien wurden in das Regierungsgebäude verlegt und im Februar 1791 konnte die neue Zuweisung der Lokalitäten für die ständischen Aemter erfolgen. Das von der Buchhaltung verwaltete Rechnungsarchiv mit den Steuerkatastern kam in die später näher bezeichneten Räume des Erdgeschosses und seine bisherigen Lokale im ersten Stocke wurden der Registratur und dem Archive, das jetzt der Liquidatur Platz machen mußte, zugeteilt.

Mit dieser Vergrößerung sollte zugleich eine Neuaufstellung des bisher beengten und nicht einheitlich untergebrachten Archives erfolgen. Um diese Aufgabe durchführen zu können, gedachte man einen eigenen Archivar anzustellen. Da traf es sich nun günstig, daß gerade damals auch eine andere Angelegenheit ihrer Erledigung harrete. Mit dem Jahre 1786 waren nämlich am hiesigen Lyzeum Vorlesungen über Weltgeschichte eingeführt worden<sup>3</sup>, welche Karl von Bocklet<sup>4</sup> abhielt, ohne jedoch hiefür ein Entgelt zu bekommen. Da der Versuch der Stände, ihm jährlich eine bescheidene Entlohnung anzuweisen, von der Regierung abschlägig beschieden wurde, so erbaten sie die Befugnis, ihm die Archivarstelle verleihen zu dürfen. Bocklet erhielt sie auch wirklich, doch nur unter der Bedingung, für seine Vorlesungen auch fernerhin keine Entschädigung zu beanspruchen. Aus den Verhandlungen hierüber erfahren wir auch Näheres über den Zustand des Archives, den zu kennen für das Verständnis der folgenden Ereignisse von Wert ist. In einer abverlangten Aeußerung geben die Stände an, das landschaftliche Archiv sei im

älteren Teile in einer „ganz begnüglichen Ordnung“, nur fehlen Repertorien; seit dem Jahre 1783 herrsche jedoch infolge von Mangel an Platz und Zeit Verwirrung. Da nunmehr das Archiv ein geeigneteres Lokal erhalte, so sei jetzt der Zeitpunkt gekommen, nicht nur die unentbehrlichen Indizes für den älteren Teil anzulegen, sondern auch die jüngeren Akten nach der eben erlassenen Kanzleivorschrift in Ordnung zu bringen. Aus den Bestimmungen derselben ersieht man, daß man überall an die alte ständische Herrlichkeit anzuknüpfen suchte. Sogar die „Annalen“, welche um 1600 angelegt und noch im 18. Jahrhundert fortgeführt wurden und im wesentlichen umfangreiche Kopialbücher der Landtagsverhandlungen und Aktenabschriften über die wichtigsten Ereignisse des Landes darstellen — eine Einrichtung, wie sie ähnlich zum Teil auch andere Kronländer in den Landtags-Gedenkbüchern und Landtags-Protokollbüchern aufweisen — sollten fortgesetzt werden. Das „geheime Archiv“, welches die landschaftlichen Urkunden in einem eigenen feuersicheren Kasten mit dreifacher Sperre enthielt, sollte jetzt noch durch zweifache Abschriften, die an verschiedenen Orten zu hinterlegen wären, gesichert werden. Alle Verordnungen gedachte man in einer eigenen Patentensammlung zusammenzufassen. Diese Arbeit wurde um so nötiger, als der Ankauf der bekannten Sammlung des eben verstorbenen Pflegers von Feyregg Johann Stephan Krackowizer<sup>5</sup>, welche um 4000 Gulden angeboten war, aus unbekanntem Gründen nicht zustande kam. Schon im Jahre 1727 hatte der bekannte Genealoge Hoheneck einen Entwurf zur Verfassung einer neuen Landschaftsmatrikel und im Jahre 1740 einen Plan für die Repertorisierung des Archives ausgearbeitet. Jetzt endlich wollte man dieses alte Vorhaben verwirklichen. Der Archivar Bocklet legte sowohl für die innere Einrichtung des Archives als auch für die Adelsmatrikel<sup>6</sup> ein von ihm verfaßtes Gutachten vor. Bevor er jedoch an die Ausführung schritt, bekam er im Jahre 1796 eine Berufung an die Universität in Prag<sup>7</sup>. Sein Nachfolger wurde der ihm bisher zugeteilte Diurnist Josef Siegmund von Paumgarten, welcher, wie wir noch sehen werden, in den kommenden unglücklichen Jahren der Landschaft treue Dienste leistete, jedoch nicht die nötige Sachkenntnis besaß, um seiner schwierigen Stellung gewachsen zu sein<sup>8</sup>. Schon bei seinem Amtsantritte war jene kritische Zeit gekommen, welche wegen der feindlichen Einfälle eine fortwährende Beunruhigung des Archives, sei es durch Fluchtung oder durch Unterbringung an einem versteckten Orte, im Gefolge hatte. Und dieser Zustand dauerte 17 Jahre!

Vorübergehend hatten schon früher solche Gefahren gedroht<sup>9</sup>. So wollten die Stände im Jahre 1645, als ein Einfall der Schweden unter Torstenson zu befürchten war<sup>10</sup>, ihr Archiv bei zunehmender Unsicherheit auf die Feste Oberhaus in Passau bringen lassen; im Jahre 1744, als die preußische Armee bei Budweis stand<sup>11</sup>, erwog man eine Fluchtung in die Steiermark. Drei Jahre vorher bei der bayerisch-französischen Besetzung des Landes ließ der Präsident der Landschaft Graf Johann Wilhelm Thürheim die wichtigen Archivalien, vornehmlich jene über die pragmatische Sanktion, vermauern<sup>12</sup>; auch im spanischen Erbfolgekriege, als im Jahre 1704 die Bayern Eferding eingenommen hatten und Linz bereits aufgegeben war<sup>13</sup>, dürfte ein Abtransport nicht in Frage gekommen sein. In allen diesen Fällen ist es jedoch nur im Jahre 1744 zu einer planmäßig ins Werk gesetzten Fluchtung gekommen. Anders wurde dies in den Franzosenkriegen. Welch umfassende Vorkehrungen zum Schutze des Archives damals erforderlich waren, soll nun im folgenden in Verbindung mit den zusammengehörigen Ereignissen zur Darstellung kommen<sup>14</sup>.

## I.

Als im Jahre 1796 die Franzosen bis gegen Bozen und bis in die Nähe von Regensburg vorgedrungen waren und so ein feindlicher Einfall von Tirol und Bayern aus zu gewärtigen war, faßten die Stände schon Vorkehrungen zur Sicherung ihrer Archive und Kassen ins Auge, damit nicht „aus Uebereilung vieler

Schaden veranlasst oder vieles zurückbelassen werden müsse, an dessen Rettung dem Lande alles gelegen sein muß“. Mit Vermeidung jedes Aufsehens sollten nach den Erwägungen vom 10. September beiläufig 700 Stück Verschlüge aus dem vorrätigen Holze im ständischen Stadel verfertigt werden, 30 davon mit eisernen Bändern und Vorhängeschlössern versehen. Mit dem Fortschreiten dieser Arbeit sollten im Landhause zuerst die älteren und wichtigeren Schriften und die „Annalen“ verpackt werden und erst bei wirklicher Gefahr die neueren Registratur- und Buchhaltungsakten. Da das Fortbringen so vieler Kisten auf dem Landwege zu beschwerlich gewesen wäre, so dachte man an den Wasserweg und suchte sich daher schon jetzt der nötigen Schiffe zu versichern. Da nun damals gerade auf der Donaulände zwei Kelheimer Schiffe<sup>15</sup> um 500 Gulden verkäuflich waren, so wollte man diese verwenden und glaubte um so leichter jede Aufregung vermeiden zu können, als man austreten konnte, sie würden zum Transport fremder, bereits angelangter Archive erworben. Bei der Besichtigung erwiesen sich diese Fahrzeuge jedoch als zu klein und auch die nötige Besatzung wäre bei ständiger Bereitschaft und längerer Wartezeit auf zu hohe Kosten gekommen. Inzwischen hatte man überdies Kenntnis erhalten von dem Schiffmietkontrakte zwischen der hiesigen Wollzeug- und Teppichfabrik mit einem Schiffmeister, und so schloß man denn nach diesem Vorbilde am 11. September mit dem gleichen Meister einen Vertrag, wonach dieser vier große Klob- oder Kelheimer Schiffe zur Verfrachtung des Archives in ständiger Bereitschaft halten und im Bedarfsfalle noch zwei Fahrzeuge beistellen mußte. Die Stände hingegen hatten für jeden Zentner von Linz bis Wien den gewöhnlichen Schiffslohn von 8 Groschen für die Meile zu bezahlen und im Falle des Unterbleibens der Fahrt eine Schadloshaltung von 300 Gulden zu entrichten. Sollte in Wien eine Unterbringung des Archives nicht stattfinden und so eine noch weitere Fluchtung auf dem Wasserwege nötig werden, so hatte auch diese der Schiffmeister zu bewerkstelligen. Ein Vermerk vom 18. September zeigt uns indes schon die Besserung der Lage auf dem bayerischen Kriegsschauplatze an. Es wird nämlich die Weisung erteilt, die Aktenstücke in der Registratur zu verwahren und bei ganz geschwundener Feindesgefahr von allen diesen Vorkehrungen abzukommen.

Daß alle diese Vorsichtsmaßregeln — auch die Landesregierung hatte schon mit der Verpackung der Registraturakten begonnen — durch die Kriegsereignisse überholt waren, zeigt ein Auftrag der Wiener Regierung vom 9. September an den Landespräsidenten Grafen August Auersperg, worin mit Hinweis auf den am 3. September erfolgten Sieg des Erzherzogs Karl bei Würzburg die Anfertigung von Verschlügen in Rücksicht auf die zu befürchtende Beunruhigung der Bevölkerung eingestellt und anbefohlen wird, „höchstens nur die wichtigsten Aktenstücke, nemlich jene, welche Bezug auf die Rechte des Landesfürsten haben, welche Aufklärung über den Zustand, über Kräfte und Stärke des Landes geben können, unter dem Vorwande einer Registratursäuberung und Aktenabstaubung abzusondern und zur Einpackung bereit zu halten“. Auch schon früher war von Wien aus an die Landesstelle der Auftrag ergangen, das geflüchtete „marchgräflisch Burgauische- und Grafschaft Hohenbergische vorderösterreichische Archiv“<sup>16</sup> in Verwahrung zu nehmen. Zu derselben Zeit wurde überdies das österreichische Gesandtschaftsarchiv von Regensburg in 11 Kisten nach Linz in Sicherheit gebracht und bis zum November im Kloster der Ursulinen aufbewahrt.

Den Ständen selbst wurde die Obsorge über die aus Innsbruck geflüchteten Archive<sup>17</sup> und über den kostbaren Ambraser Schatz anvertraut. In den gleichen Tagen, da die Landschaft wegen der Gefährdung des eigenen Archives in Besorgnis war, erging an sie das Ersuchen, in den gewölbten Räumen des Landhauses die aus Innsbruck zu Wasser hierher geflüchteten Aktenkisten und den wertvollsten Teil der Ambraser Sammlung<sup>18</sup> in Gewahrsam zu nehmen. Am 12. September erklärten sich die Stände hiezu bereit. Infolge der andauernd günstigen Lage auf dem Kriegsschauplatze konnte jedoch der Schloßhauptmann von Ambras Josef Primisser

am 21. Oktober die Landesstelle verständigen, daß sämtliche Beamte aus Tirol wieder in ihr Land zurückzukehren hätten und ebenso die Aktenkisten auf dem noch offenen Wasserwege — diese Anordnung erwies sich jedoch wegen der vorgeschrittenen Jahreszeit als undurchführbar — zurückgeschafft werden sollten. Nur er und der Archivar Gaßler hätten bei dem noch in Linz zurückbleibenden Ambraser Schatze und dem eigentlichen Innsbrucker Archive zu verbleiben. Ueber Ersuchen des dortigen Guberniums übernahmen im Dezember zwei hiesige ständische Beamte die Obhut über die versiegelten Kisten mit dem kostbaren Inhalte, welche im Landhause bis zu dem Zeitpunkte verbleiben sollten, da die Donau und der Inn zum Rücktransport wieder offen stünden. Der Schloßhauptmann Primisser trug nämlich wegen Beschädigungsgefahr Bedenken, den Landweg, den die übrigen Tiroler Beamten mit ihrem Aktenmaterial im November genommen hatten, zu wählen<sup>19</sup>.

Im Frühjahr 1797 wurde jedoch die Lage wieder gefährlich, indem Napoleon bis Leoben vorgedrungen war. Zu Ostern befand sich in Linz alles in Aufruhr, und viele Bewohner suchten ihre Habe ins Mühlviertel und nach Böhmen in Sicherheit zu bringen. Die Stände beschlossen nun am 7. April, das Archiv, die Kreditbücher und Obligationen ebenfalls ins Mühlviertel und im Notfalle noch weiter bis nach Böhmen zu flüchten. An dem gleichen Tage wurde in Wien dem Regierungspräsidenten Grafen Auersperg die Weisung erteilt, bei den staatlichen Aemtern Vorkehrungen zu treffen, „daß alle jene Schriften, die auf Population, Viehstand, Kon- skription, Steuerregulierung, Kommerz, Gesetzgebung und überhaupt auf solche Gegenstände Bezug haben, woraus die Verfassung und die Stärke oder Schwäche des Landes abgenommen werden kann, gleich eingepackt und auf jeden Fall zum Abschieben bereit gehalten werden. Alle übrigen Schriften, und besonders jene, die Privatsachen zum Gegenstande haben, können immer zurückgelassen und in feuer- sicheren Behältnissen aufbewahrt werden“. Im Bedarfsfalle hätte sich die Landes- stelle mit den übrigen Aemtern nach Budweis zu begeben. Zwei Tage später erging der Auftrag zur Verpackung des ständischen Archives, und in gleicher Weise erhielt die Buchhaltung die Anordnung, vorläufig bloß die Steuerregulierungsakten, das Obereinnehmeramt, die Kreditbücher und Obligationen zur Flucht bereit zu halten; für alle diese Bestände hatte das Bauamt 300 Kisten zu liefern. Wenn man diese Anordnung mit jener aus dem vorigen Jahre vergleicht, so ergibt sich, daß sich auch die Stände an die der Landesregierung erteilte Richtschnur gehalten haben. Da der landesfürstliche Schatz von Ambras noch immer im Landhause verwahrt war, so wurde am 14. April verfügt, daß dieser samt den Kostbarkeiten der Dreifaltigkeits- kirche zu Innsbruck sofort unter militärischer Bewachung nach Leonfelden gebracht werde. Sodann sollte das ständische Archiv unter Aufsicht des Archivars von Paumgarten diesem Transporte nachfolgen. Den Weg nach Leonfelden nahm auch der Archivar Gaßler mit dem Innsbrucker Archive, für dessen Fortbringung zehn Wagen bestimmt und als kaum hinlänglich befunden wurden. Gaßler hatte dort so lange zu verbleiben, bis der Weg auf der Donau und auf dem Inn zum Rück- transport nach Innsbruck offen stand. Der Landeschef flüchtete mit den staatlichen Kassen nach Budweis, während die Akten der Landesregierung in das Stift Schlägl gebracht wurden. Dieses Kloster wurde auch den Ständen als Zufluchtsort ihres Archives empfohlen. Doch hielten es diese nicht für gut, alles an einen so ent- fernten Ort zu bringen, um nicht die herrschende Verwirrung zu vermehren, und entschieden sich nach dem Vorschlage des Kreisamtes des Mühlviertels für den an der kürzeren Straße nach Böhmen und näher bei Linz gelegenen Markt Leon- felden, zumal dort in der von Josef II. gesperrten Spitalskirche, dem heutigen Rat- hause, die geflüchteten Archivalien bequem untergebracht werden konnten. Um nicht die Amtsgeschäfte unterbrechen zu müssen, warteten die Stände mit der Verpackung der jüngeren Akten noch zu, beschlossen aber, da ihnen dies einen Tadel der Landesstelle zugezogen hatte, am 15. April, die Kasse, die Obligationen und die Kredit- und Katastralbücher sowie die wichtigsten neueren Akten über die Donau in das gegenüberliegende Schloß Hagen zu bringen. Drei Tage später wurde

angeordnet, diese wieder nach Linz zurückzubringen und nur die Hauptkasse noch in Hagen zu belassen, bei näherer feindlicher Gefahr jedoch auch die Kredit- und Katastralbücher nach Leonfelden zu bringen, wo sich bereits die Steuerregulierungsakten und die älteren Kontributionsbücher beim ständischen Archive befanden. Von diesem werden die wertvollsten Teile, die „Annalen“ und das „geheime Archiv“, eigens erwähnt. Zum Transporte des letzteren waren drei wohl erst damals gefertigte, mit eisernen Handgriffen versehene Tragkästen verwendet worden, welche bis zum Jahre 1899 zur Aufbewahrung der ständischen Privilegien gebraucht wurden. Auch die Kupferplatten von Vischers Topographie und zu Hohenecks Genealogie waren fortgebracht worden. Der gesamte nach Leonfelden überführte Bestand des landschaftlichen Archives wurde auf 500 Zentner geschätzt, zu dessen Transport 140 Kisten veranschlagt waren. Für je einen Zentner und je eine Meile waren 8 Groschen zu bezahlen, wobei als Distanz von Linz nach Leonfelden vier Meilen angenommen wurden.

Nachdem am 18. April zu Leoben die Friedenspräliminarien unterzeichnet worden waren, erging am 3. Mai an den ständischen Archivar Siegmund Paumgarten der Befehl, mit dem Archive allsogleich nach Linz zurückzukehren. Das ging auch glücklich vonstatten. Vom Ambraser Schatze, welcher seit 16. April in einem Gewölbe des alten Rathauses zu Leonfelden untergebracht war, wissen wir, daß er dort am 4. Mai dem Archivar Gaßler wohlbehalten übergeben wurde und am 16. Juni wieder in seine Heimat zurückkam<sup>20</sup>. Im Juli vergütete das Gubernium zu Innsbruck den unter Aufsicht eines ständischen Beamten von Linz nach Leonfelden erfolgten Transport mit 128 Gulden und 3 $\frac{1}{2}$  Kreuzer.

## II.

Nach Eintritt der Ruhe kam man wieder auf die Neuordnung des Archives zurück. Diese hatte jetzt scheinbar mehr Aussicht auf Verwirklichung, da im Mai 1799 der Starhembergsche Archivar Gärber in Riedeck als Praktikant eintrat und einen neuen, leider nicht mehr vorhandenen Plan vorlegte. Da er jedoch nach zehn Monaten den ständischen Dienst wieder verließ, kam es zu nichts, zumal noch der Brand des Landhauses und der Krieg des Jahres 1800 hemmend dazwischen traten.

In diesem Feldzuge waren die Franzosen wiederum siegreich gegen unsere Grenzen vorgedrungen und nur ein im Juli abgeschlossener Waffenstillstand brachte ihren Vormarsch an der Isar vorläufig zum Stillstand. Als die Kunde vom Einmarsche der Franzosen in München nach Linz gedrungen war, nahm die Landesstelle sofort auf die Rettung der Archive und Kassen Bedacht und auf ihre Anfrage erfolgte von Wien aus am 5. Juli die Weisung, im Falle äußerster Gefahr diese nach Ungarn zu flüchten. Die Vorbereitungen hiezu waren diesmal keine leichte Sache. Schon die Gubernial- und landrechtlichen Akten wurden auf 700 Kisten veranschlagt; außerdem waren noch die im Frühjahr nach Linz geflüchteten niederländischen<sup>21</sup> und vorderösterreichischen Archive fortzubringen, von denen die ersten gegen 500, letztere gar 1100 Kisten ausmachten. Von den vorländischen Archivalien war überdies ein Teil in das Kloster Schlägl gebracht worden. Dazu kam noch das aus München nach Linz in Sicherheit gebrachte Archiv der österreichischen Gesandtschaft in 16 Kisten. Das Gewicht der ganzen Masse wurde auf 4500 Zentner veranschlagt.

Da brach inmitten dieser Vorbereitungen am 15. August der große Brand aus, zu dessen ersten Opfern das Landhaus und das Regierungsgebäude gehörten<sup>22</sup>. In diesem blieben wohl die archivalischen Bestände unversehrt, kamen jedoch durch die Rettungsarbeiten in Unordnung, so daß man die Sorge für die fremden Archive nach Möglichkeit einzuschränken versuchte. Erst in diesem Zusammenhange wird vollends ersichtlich, welch umfassendes archivalisches Gut damals von den Flammen bedroht war. Daß wir aus diesen

Tagen, in denen die Landesregierung weitgehende Vorkehrungen zur Flüchtung ihrer Archive traf, von den Ständen nichts erfahren, erklärt sich daraus, daß eben im Landhause gerade die laufenden Geschäftsstücke verbrannt sind. In einer der Landesregierung am 11. September erteilten Auskunft heißt es ausdrücklich, daß bei der Feuersbrunst „alle im zweyten Stock des Landhauses, nemlich in der Buchhaltung, in dem Expedit und in dem Einreichungsprotocoll“<sup>23</sup> befindlichen Schriften ein Raub der Flammen geworden, dagegen die Creditsbücher, die Contributionsbücher, Steuerregulierungselaborate, die meisten älteren Rectificationsacta, das Archiv, die Registratur, das Rechnungsarchiv, die Naturalientransport-Directionsacta und alle bauämtlichen Schriften ganz gerettet worden seyen“<sup>24</sup>. Aus mehreren Gesuchen von Beamten um Zuerkennung einer Belohnung für ihre bei den Rettungsarbeiten geleisteten Dienste ersehen wir, wie arg die Verwüstung war. Das Landhaus war zu einer Ruine geworden. Nicht nur das zweite Stockwerk brannte aus, sondern es stürzten auch infolge der Hitze, welche die überaus holzreiche Bedachung verursachte, alle gewölbten Räume des ersten, ja zum Teile auch jene des Erdgeschosses ein<sup>25</sup>. Wegen der Nähe der Ringmauer und des Stadtgrabens konnte man nur von zwei Seiten aus die Feuersbrunst wirksam bekämpfen. Zunächst begnügte man sich damit, die eisernen Fensterbalken in dem Registratur- und dem anstoßenden Archivlokal zu schließen. Am 17. August endlich, als schon die höchste Gefahr des Einsturzes vorhanden war und bereits in diesen Räumen die Fenstergläser infolge der Hitze zersprangen, wurden in höchster Eile die Akten in das Totengruftgewölbe des Spitals der Barmherzigen Brüder gebracht. Da lagen sie nun vermengt mit den Archivalien der ständischen Buchhaltung und des Landtafelamtes durch vier Wochen lang. Noch später, als schon die Registratur und das Obereinnehmeramt in Flammen standen, schritt man zur Rettung des Rektifikationsarchives, die nicht mehr vollkommen gelang. Doch konnte wenigstens das Theresianische Gültensbuch in Sicherheit gebracht werden, so daß auf dieser Grundlage wieder ein neuer Steuerkataster hergestellt werden konnte. Das alte Gültensbuch, dies „vortreffliche Kleinod“<sup>26</sup>, und die ständische Bibliothek wurden leider ein Opfer der Flammen.

In dieser Zeit, als man eben anfang, das Archiv im gräflich Pilatischen Hause<sup>27</sup>, in welchem die ständischen Aemter vorübergehend Unterkunft gefunden hatten, halbwegs zu ordnen, war die Gefahr des feindlichen Einfalles schon überaus drohend geworden. Es war nämlich die Nachricht eingelangt, daß der Waffenstillstand aufgekündigt sei und am 10. September sein Ende finden werde. Die Stände beschlossen daher am 4. September, bei wirklich eintretender Unsicherheit das Archiv und die Kreditbücher zu Lande fortzubringen. Zwei Tage vorher hatte die Regierung zu Wien die von der Landesstelle zur Flüchtung der ärarischen Archive geschlossenen Schiffmietverträge mit der Einschränkung genehmigt, daß von den Akten der Gesandtschaft in München alle, vom niederländischen Archive und den Regierungsschriften jedoch nur die wichtigen nach Ofen oder Pest zu versenden seien. Gleichzeitig hatte der vorderösterreichische Regierungspräsident Freiherr von Sumerau den Auftrag erhalten, die im Stifte Schlägl und in Linz befindlichen vorländischen Archive und Regierungsakten bei unmittelbarer Gefahr dorthin zu flüchten. Die inzwischen eingelangten Innsbrucker Archive waren unter Aufsicht des Archivars Gaßler nach Greinburg gebracht worden, fanden jedoch bald mit der Ambraser Sammlung außerhalb des Landes in Wallsee und anderen niederösterreichischen Orten ihre Zufluchtsstätte, während noch Ende September die Kassen und neueren Dienststücke wieder nach Tirol zurück beordert wurden.

Unterdessen war nämlich der Waffenstillstand wieder verlängert worden. Erst im Dezember nahte das Verhängnis, nachdem Erzherzog Johann bei Hohenlinden eine vernichtende Niederlage erlitten hatte. Die Stände beschlossen am 12. dieses Monats, ihr Archiv, die Hofschuldschreibungen und die Obligationen nach Niederösterreich zu bringen und im Bedarfsfalle bis nach Ofen fortzuschaffen. Das Verordneten-Kollegium und sämtliche ständischen Aemter, selbst die Kasse,

welche damals ohnehin nur gegen 63.000 Gulden auswies, sollten jedoch auch im schlimmsten Falle in Linz verbleiben. Als Transportleiter wurde wieder der Archivar Paumgarten bestimmt und das Bauamt beauftragt, beiläufig 24 Kisten — dies zeigt, daß man sich wohl infolge des Brandes nur auf einen sehr geringen Teil beschränkte — und die nötigen Pferde und Wagen beizustellen. Fünf Tage später hatte Paumgarten von der inzwischen angewachsenen Kasse noch ein Behältnis mit einem Betrage von 50.000 Gulden entgegenzunehmen. In einem Dekrete war ihm vorgezeichnet, sich zunächst nach Enns, bei wachsender Gefahr nach Ybbs in das ständische Aufschlagshaus und allenfalls nach Preßburg zu begeben, und wenn auch da noch keine Sicherheit sein sollte, bis nach Ofen zu flüchten. Es war wirklich schon hohe Zeit zum Aufbruch, da bereits am 21. Dezember französische Truppen in Linz einrückten. An diesem Tage war Paumgarten bereits in Kolm bei Melk. Wegen des schnellen Vordringens des Feindes war die Straße nach Wien mit Militär so überfüllt, daß unser Transport gezwungen war, vor St. Pölten, wo sich damals das Präsidium der oberösterreichischen Landesregierung befand, von der Route abzuschwenken und sich über Wilhelmsburg nach Wiener-Neustadt zu begeben, wo er am 27. Dezember einlangte. Da Paumgarten dort in Erfahrung gebracht hatte, daß inzwischen wieder Waffenstillstand eingetreten sei, so erbat er sich von dem Verordneten-Kollegium Verhaltensmaßregeln, was er im Falle des wirklichen Eintrittes der Waffenruhe zu tun habe und ob er im Gegenfalle nach Oedenburg weiterreisen solle. Tatsächlich war am Weihnachtstage zu Steyr ein Waffenstillstand abgeschlossen worden, welchem am 9. Februar 1801 der Friede von Luneville folgte. So blieben denn die geflüchteten Archivalien in Wiener-Neustadt, während die beim Transporte befindlichen Hofschuldbriefe schon im Jänner einer ständischen Deputation übergeben werden mußten. Die Franzosen marschierten erst am 22. März von Linz ab, kehrten aber schon nach einigen Tagen wieder zurück und verließen erst am 29. endgültig die Stadt. Am 15. März befand sich Paumgarten auf der Rückreise in Wilhelmsburg, fünf Tage später in Erlaf, wo er aber wegen der in der Nähe befindlichen feindlichen Abteilungen zuwarten mußte. Am 24. März erhielt er noch den Befehl, wegen Rückkehr des Feindes die Stadt noch nicht zu betreten.

Nach seiner Rückkunft, die gegen Schluß des Monats März erfolgt ist, legte er am 4. April Rechnung über die Reiseauslagen, die insgesamt für den Transport sowie für ihn und seinen Begleiter, einen Buchhaltungsbeamten, 3872 Gulden 26 Kreuzer betragen und im Kassehandbuch am 11. Juni verrechnet wurden. Dabei ist aber zu berücksichtigen, daß einige Fuhrwerksbesitzer ihre Pferde kostenlos, nur gegen Verpflegung, beigestellt hatten. Darunter befand sich Philipp Plaß, Mayr in der Thann,<sup>28</sup> und Untertan der Stifthserrschaft St. Florian. Zu Wilhelmsburg ging ihm nun auf der Rückreise ein vier- bis fünfjähriger Vollhengst, der auf 300 Gulden bewertet wurde, an Lungenentzündung zugrunde. Seiner Bitte um Schadenersatz, welche über ein Jahr lang die Stände beschäftigte, wurde nicht willfahrt, da er „keinen einzigen, den Ständen zur Last fallenden Umstand“ beibringen konnte. Sein Hinweis, daß er gleich anderen für jedes Pferd täglich 3 Gulden, also für sechs Pferde täglich 18 Gulden hätte aufrechnen können, so daß sich bei der Transportdauer von 94 Tagen die Forderung auf 1692 Gulden belaufen würde, half ihm nichts. Auch bei den nachfolgenden Flüchtigungen sind ähnliche Vorkommnisse zu verzeichnen, welche nicht nur als archivgeschichtliche Nachrichten verwendbar, sondern auch als Beiträge zur Kenntnis des damaligen sozialen Empfindens lehrreich sind.

Im Interesse des Archives wäre nun vor allem die wichtigste Aufgabe zu lösen gewesen: eine vollständige Neuordnung. Bei den hastigen Rettungsarbeiten während des Brandes waren mehr als zwei Dritteile der Aktenfaszikel auseinander gerissen worden. Noch dazu führten die einzelnen Stücke keine Signaturen, nach welchen man die Zusammenstellung hätte vornehmen können. Die einzigen Vermerke, welche auf vielen Akten zu finden waren, bezeichneten bloß Ort und Stelle der Eintragung

in den „Annalen“. Deren Anlage hatte für lange Zeit eine Neuauftellung und Reper-torisierung unnötig gemacht. Man kann mit einiger Sicherheit annehmen, daß bis zum Zeitpunkte des Brandes die Akten der Hauptsache nach so gelagert waren, wie sie ursprünglich eingelegt worden waren. Wenn daher Archivar Paumgarten zu Ende des Jahres 1802 in seinem Ansuchen um eine Belohnung meldet, daß er das Archiv wieder in seine vormalige Ordnung gebracht habe, so ist dies bei den gegebenen Umständen bloß ein Ausdruck seiner Verständnislosigkeit. Im Gegenteil: das Archiv blieb, wie noch gezeigt werden wird, leider für Jahrzehnte in einem Zustande fast völliger Zerrüttung.

### III.

Der Feldzug des Jahres 1805 nahm einen für Oesterreich unheilvollen Anfang. Schon das Ergebnis der diplomatischen Verhandlungen, welche dem Kriege vorausgingen, bedeutete für das Land eine große Gefahr. Napoleon hatte nämlich am 24. August mit Bayern ein Bündnis geschlossen, dem bald darauf Baden und Württemberg beitraten. Aus einer Kundmachung des Mühlkreisamtes erfahren wir denn auch, daß schon in diesen Tagen die Aufforderung erging, die Kirchenpretiosen, die Dokumente und Gelder in Sicherheit zu bringen<sup>29</sup>. Mit der Waffenstreckung des Generals Mack zu Ulm den 20. Oktober war die Sache Oesterreichs unglücklich entschieden. Am 2. November rückten bereits französische Abteilungen in Linz ein, denen zwei Tage später Napoleon selbst folgte, der mehrere Tage im Landhause Quartier nahm. Dieser rasche Verlauf erklärt die Eile, mit der am 25. Oktober die Landesregierung die Verordneten anwies, binnen 24 Stunden alle Kassen und wichtigen Dokumente nach Wien abgehen zu lassen, und zwar die Kassen vorerst zu Lande nur bis Melk. Zwei Tage später beschlossen die Stände, bei großer Gefahr die wichtigsten Schriften zu Wasser, das „geheime Archiv“ jedoch zu Lande nach Preßburg zu bringen. Zum Transporte des letzteren wurde wieder der in solchen Fällen bewährte Archivar Paumgarten bestimmt, der es mit vier Pferden und mit Assistenz von zwei verlässlichen Soldaten in Sicherheit bringen sollte. Noch am gleichen Tage kam man jedoch von diesem Vorhaben ab und Paumgarten erhielt die Weisung, die ständischen Archivalien sofort zu Wasser nach Preßburg zu befördern<sup>30</sup>. Der unglückliche Verlauf des Krieges, der nach der Schlacht von Austerlitz seinen Abschluß am 26. Dezember im Frieden von Preßburg fand, verursachte die weitere Fluchtung des Archives nach Kaschau<sup>31</sup>. Die Franzosen räumten wohl schon am 12. Jänner 1806 Wien, aber ihr Abmarsch von Linz begann erst am 1. März. Am 7. dieses Monats waren die geflüchteten Archivalien zu Wagen wieder zurückgelangt. Denn an diesem Tage wurde einem Lohnkutscher aus Wien der vereinbarte Fuhrlohn von 1638 Gulden als ein für Archivar Paumgarten zu verrechnender Vorschuß angewiesen. Leider ist die Verrechnung über die während der Fluchtreise erfolgten Auslagen nicht mehr erhalten, doch erfahren wir aus einem Streitfall einige interessante Einzelheiten. Drei hiesige Schiffsmeister forderten nämlich als Miete für die nach Pest beigestellten Fahrzeuge 1368 Gulden. Paumgarten hatte nun in dieser Angelegenheit eine Aeußerung abzugeben, welche er am 21. August 1806 erstattete. Das Gewicht der geflüchteten Archivalien, einschließlich jener der Buchhaltung und des Obereinnehmeramtes, schätzt er samt den „von einigen Herren Cavaliers mitgegeben Effekten“ auf 80 Zentner. Es seien jedoch, berichtete er, auf dem nämlichen Schiffe die Bücher und Schriften des k. k. Landtafelamtes verladen gewesen, deren Gewicht um die Hälfte weniger ausgemacht haben dürfte. Die Fracht auf 200 Zentner zu berechnen, wie dies die Schiffsmeister getan hätten, sei ihm unbegreiflich, und es dürfte daher nach seiner Meinung „deren überspannte Aufrechnung unmaßgebigt wohl einer buchhalterischen Temperatur zu unterliegen haben“; auch sei das Landtafelamt zur Bestreitung der Unkosten heranzuziehen. Die Buchhaltung, welche über diese Aeußerung Bericht zu erstatten hatte, legte nun am 7. Jänner 1807 das Ergebnis ihrer Erhebungen vor: der Landeschef Baron Hackelberg-Landau habe den Schiffs-leuten mündlich den Auftrag erteilt, für die Archive der Landschaft und der Landtafel

ein Fahrzeug beizustellen, und in der Eile sei es gar nicht mehr möglich gewesen, die Kisten abzuwägen. Da nun über den ganzen Vorgang überhaupt weder eine mündliche noch schriftliche Vereinbarung vorliege, so bleibe nichts anderes übrig, als die Angabe des Archivars Paumgarten, als „eines Mannes von erprobter Einsicht und Redlichkeit“, zur Richtschnur zu nehmen. Demnach sei für 80 Zentner Akten einschließlich des Wartgeldes von 24 Gulden auf die Entfernung von 66 Meilen bei Berechnung von 6 Kreuzern für je eine Meile und je einen Zentner im gesamten den Schiffsleuten der Betrag von 552 Gulden anzuweisen. Zehn Tage später schlossen sich die Verordneten dieser Anschauung an und auch die Gegenvorstellungen der Schiffsleute fruchteten nichts, indem am 31. Jänner 1807 der frühere Beschluß ausdrücklich aufrechterhalten und ihnen nach dem Kassejournal am 6. April auch kein höherer Betrag angewiesen wurde. Wenn man hiezu noch die für den Archivar Paumgarten erfolgten Auszahlungen, welche nach dem Kassebuchvermerk vom 1. Mai 1806 die Summe von 8435 Gulden ausmachen<sup>32</sup>, in Rechnung stellt, so kostete den Ständen die Flüchtung der Archivalien diesmal die hohe Summe von 8987 Gulden. Dazu kommt noch eine Belohnung von 150 Gulden für Paumgarten, welcher nach seiner Rückkunft von der gefährvollen und beschwerlichen Reise erkrankt war, und von 50 Gulden für seinen Begleiter.

Als man im August des Jahres 1806 von französischen Truppenansammlungen hörte, traf die Landesstelle schon Vorsorge zur Fortbringung der Kassen und wichtigeren Urkunden nach Wien und trat in dieser Angelegenheit am 22. dieses Monats an die Stände heran, damit auch diese ohne Aufsehen die nötigen Kisten und Verschläge beizeiten herstellen ließen. Gar bald stellte sich jedoch die Ueberflüssigkeit solcher Maßregeln heraus, indem offenbar wurde, daß die französische Truppenansammlung zu Passau wohl nur der Namenstagsfeier Napoleons gegolten haben dürfte.

Gerade diese Jahre bedeuten für unsere landesgeschichtliche Forschung einen denkwürdigen Wendepunkt. Erst diese Zeit war so recht gewahr geworden, daß die in den Archiven erliegenden Urkunden und Aktenstücke die verlässlichsten und eigentlichen Quellen der Kenntnis unserer Vorzeit sind. In keinem Kronlande ist dieser Wandel augenfälliger in Erscheinung getreten als in Oesterreich ob der Enns dank der glanzvollen Wirksamkeit unseres größten Geschichtsforschers Franz Kurz. Seine noch heute unentbehrlichen „Beyträge zur Geschichte des Landes Oesterreich ob der Enns“, welche in den Jahren 1805—1809 erschienen, sind die Grundlage unserer Landesgeschichte geworden. Durch ihn ist das landschaftliche Archiv, man kann fast sagen, zum erstenmal für geschichtliche Studien herangezogen worden und noch dazu in einem Ausmaße, welches auch später niemand übertroffen hat. Die Erlaubnis zur Benützung eines Archives zu erhalten, war damals keine einfache Sache<sup>33</sup>. Es war daher ein günstiges Geschick, daß im Jahre 1799, da Kurz die Stelle eines Stiftsarchivars von St. Florian erhielt, sein Gönner, der hochgebildete Propst Michael Ziegler, Mitglied des Verordneten-Kollegiums geworden war. Gleich damals setzte die Benützung des ständischen Archives durch Kurz ein. Dies ist daraus zu ersehen, daß er sich noch aus den Originalhandschriften Streins, welche im Jahre 1800 ein Opfer der Flammen wurden, Auszüge machen konnte. Auf seine Anregung geht der Ankauf der Abschriften Hohenecks aus Schlüsselberg zurück, mit welchem man diesen Verlust nach Möglichkeit auszugleichen suchte<sup>34</sup>. Die eigentliche umfassende Benützung erstreckt sich indes leider erst auf die Zeit nach dem Brande. Im Jahre 1801 hatte ihm sein Propst nahegelegt, die ständische Geschichte in Behandlung zu ziehen<sup>35</sup>. Wenn wir uns der durch die Rettungsarbeiten verursachten Zerstörung jeder Ordnung im Archive erinnern, so begreift man leicht, daß Kurz schon aus diesem Grunde sich hiezu nicht entschließen konnte. Bei den schwierigen Verhältnissen, mit welchen er nicht nur hier, sondern auch anderwärts zu kämpfen hatte, war er sich von vornherein bewußt, — und das ist ein Zeichen seiner Größe, — nicht abschließende Werke, sondern eben nur „Beiträge“ liefern zu können<sup>36</sup>. Wie er schon für seine Darstellung der Bauernkriege das ständische

Archiv ausgiebig herangezogen hatte, so ist die Geschichte des Einfalles des Passauer Kriegsvolkes nahezu völlig aus diesem geschöpft<sup>37</sup>. Der zweite Teil konnte leider damals wegen des Krieges des Jahres 1809 nicht mehr erscheinen<sup>38</sup> und wurde erst viele Jahre später der Oeffentlichkeit übergeben<sup>39</sup>. Auch für die Geschichte der Landwehr, welche erst 1811 ausgegeben wurde, aber im wesentlichen schon zwei Jahre früher vollendet war, bot das landschaftliche Archiv vorwiegend die Fundgrube. Seiner Dankbarkeit für die Erlaubnis zur Benützung gab der Verfasser durch Widmung dieses Buches an das Verordneten-Kollegium Ausdruck. Am 28. Dezember 1808 trug Propst Ziegler die Bitte seines Kapitularen vor und legte die Entgegennahme der Zueignung mit dem Hinweise nahe, es könne den Verordneten nur gelegen sein, wenn durch das ihren Namen an der Spitze tragende Buch „das Zutrauen unseres Publikums zu unserer dormaligen Landwehr mit Daten der Vorzeit begründet wird“. Nicht die Ereignisse des Jahres 1809 wurden also der Anlaß zu dieser Veröffentlichung<sup>40</sup>, sondern die vorausgegangenen Erlebnisse im allgemeinen und die durch kaiserliches Patent vom 9. Juni 1808 erfolgte Errichtung der Landwehr<sup>41</sup> im besonderen waren für die Wahl dieses Stoffes bestimmend. Am 22. September 1810 legte Propst Ziegler den ersten Band den Verordneten vor, den zweiten der Verfasser selbst am 14. Dezember. Die Kriegereignisse des Jahres 1809 haben dieses Werk nur insofern beeinflußt, als sie und besonders die Leistungen der Landwehr im zweiten Teile berücksichtigt wurden. Der erste Teil und insbesondere der Inhalt der Widmung erweckt durch mehrere Wendungen sogar den Anschein, daß noch vor dem feindlichen Einfall mit dem Drucke begonnen wurde. Auf jeden Fall ist durch diese Feststellungen der Nachweis erbracht, daß mit dem Einfall des Jahres 1809 die Benützung des ständischen Archives durch Kurz, dessen fernere Werke der mittelalterlichen Geschichte Oesterreichs angehören, ihr Ende gefunden hat.

#### IV.

Allen Erwartungen entgegen begann auch der Krieg des Jahres 1809 unglücklich. In fünftägigen Kämpfen, die am 23. April mit dem Verluste Regensburgs endigten, war die österreichische Armee unter Erzherzog Karl geschlagen worden und zog sich mit ihren Hauptkräften nach Böhmen zurück. Napoleon folgte indes nicht diesen, sondern griff die Heeresgruppe Hiller an, welche Oberösterreich verteidigte. Die Bewohner von Linz, welche schon durch die Schanzarbeiten auf das äußerste erregt waren, wurden vom Kaiser Franz mit der Versicherung getröstet, General Hiller habe den strengsten Befehl, Linz so lange zu halten, bis Erzherzog Karl sich mit ihm vereinigt haben würde<sup>42</sup>. Hiller kam am 2. Mai in Linz an, mußte jedoch schon am anderen Tage durch das ungestüme Nachdrängen Massenass die Stadt verlassen und hatte sich mit ihm zu Ebelsberg im blutigsten Kampfe, den unsere Landesgeschichte kennt, zu messen. Zum richtigen Verständnis dieser und der nachfolgenden Ereignisse ist die Feststellung wichtig, daß das kaiserliche Hauptquartier erst am 2. Mai, also am Tage des Einzuges Hillers in Linz, in Erfahrung gebracht hatte, daß Napoleon die Armee in Böhmen nur mit vier Divisionen verfolge lasse und sonach wohl mit der Hauptmacht ins Donautal rücke<sup>43</sup>.

In Befolgung eines Präsidialdekretes der Hofkammer vom 2. April hatte sich der Landespräsident Baron Hackelberg acht Tage später an die Verordneten mit der Anfrage gewendet, welche ständische Effekten und Barschaften bei feindlicher Gefahr zu flüchten wären und wohin sie gebracht werden sollten. Am gleichen Tage wurden die staatlichen Amtsstellen angewiesen, für die Rettung der Kassen, des Kirchensilbers, der geheimen Akten und der Pretiosen Vorsorge zu treffen; von den Registraturakten seien nur die allerwichtigsten wegzubringen und die übrigen unter gehöriger Verwahrung an Ort und Stelle zu belassen. Im Falle der Flüchtung sei bei der Wahl des Ortes darauf Bedacht zu nehmen, daß die Transportrichtung möglichst wenig mit dem Zuge der Armee und deren Frachten zusammentreffe. Diese Vorsichtsmaßregeln seien schon jetzt im Auge zu behalten,

„wennleich bey den gegenwärtigen Kraftanstrengungen der österreichischen Monarchie und dem vortrefflichen Geiste, der alle ihre Unterthanen beseele, der Fall einer feindlichen Invasion kaum denkbar sey“. Zu dieser Zuschrift haben die Verordneten am 25. vermerkt, es seien in diesem Punkte im Einvernehmen mit der Landesstelle bereits die erforderlichen Anstalten getroffen worden, und da die Kürze der Zeit nicht mehr gestatte, weitere Anfragen zu machen, so sei dieses Stück ad acta zu legen. Einen Tag später erteilte der Landeschef auf Grund kaiserlichen Handbilletts<sup>44</sup> vom 25. die Weisung, die in den ständischen Kassen befindlichen entbehrlichen Gelder in Sicherheit zu bringen und nur eine Summe für laufende Auslagen und außerordentliche Bedürfnisse zur Seite zu legen. Am 27. wiesen die Verordneten das Obereinnehmeramt an, von dem vom Kaiser zur Aufrechterhaltung des Kredites entliehenen Vorschusse den Betrag von 650.000 Gulden an die Kammeralkasse abzuführen, und vermerkten gleichzeitig, es seien auf kurzem Wege schon die nötigen Einleitungen getroffen worden. Am gleichen Tage flüchtete der ständische Kasseoffizial Josef Scherb in Begleitung eines Kanzlisten mit „Landschaftsgeldern und mehreren wichtigen Regierungs- und Landschaftseffekten“ auf mündlichen Befehl Baron Hackelbergs eiligst auf der Donau nach Ungarn.

Ueber das ständische Archiv selbst verlautet nichts, und wenn diesmal als Transportkommissär ein Kassebeamter ausgewählt wurde, so ist dies eben auch ein Zeichen, daß die von ihm mitgenommenen Effekten und Dokumente hauptsächlich Geldwerte mit den dazugehörigen schriftlichen Behelfen gewesen sind. Die Erklärung für diese auf den ersten Blick sonderbare Erscheinung bietet das unvermutet rasche Erscheinen der Franzosen in Linz, das zur Flüchtung des Archives nicht mehr Zeit ließ. Man mußte sich begnügen, es in aller Heimlichkeit irgendwo in der Nähe zu verstecken. Diese Vermutung bestätigen die Vorkommnisse bei der hiesigen Wollzeug-, Tuch- und Teppichfabrik und in den Klöstern Kremsmünster und St. Florian. Die bekannte Linzer Fabrik, die in den früheren Invasionen ihre kostbarsten Erzeugnisse stets in der Ferne in Sicherheit zu bringen verstand, mußte diesmal viele wertvolle Waren zurücklassen, die vor dem Feinde zu verbergen große Geschicklichkeit und Schlaueit erforderte<sup>45</sup>. Auch dem Stifte Kremsmünster, das zweimal seine Wertsachen und Urkunden zu flüchten wußte<sup>46</sup>, blieb in diesem Falle nichts anderes übrig, als das Klostergut durch geheime Verwahrung zu sichern<sup>47</sup>. Dasselbe gilt für St. Florian. Auch dort konnte man die berühmte Münzensammlung in den Kriegsjahren 1800 und 1805 ordnungsgemäß verpacken und wegtransportieren; diesmal aber mußten die Münzen in größter Hast unter dem Kanonendonner von Ebelsberg in Geldsäcke geleert werden, um sie vor dem Feinde verbergen zu können<sup>48</sup>. Daß das landschaftliche Archivlokal gleich geräumt wurde, ist aus seiner Verwendung als Schuhmagazin zu ersehen. In den Protokollen der neuerrichteten Landeskommision wird nämlich schon am 5. Mai vermerkt, daß sich die Württemberger der Landwehrschuhe im ständischen Archive bemächtigt haben<sup>49</sup>. Wenn das Archiv im Landhause verborgen gehalten wurde, so war es dort sehr gefährdet, da hohe französische Kommandos daselbst einquartiert waren<sup>50</sup>.

Vom Rechnungsarchive wissen wir sogar, daß es während des feindlichen Einfalles aus seinen Räumen nicht entfernt wurde und dort über die Zeit des am 12. Juli zu Znaim eingetretenen Waffenstillstandes und des am 14. Oktober zur Schönbrunn abgeschlossenen Friedensschlusses verblieb. Nach einer zwischen dem französischen und österreichischen Kaiserhofe getroffenen Vereinbarung war Linz als Ort zur Erstattung der Kriegsentschädigungen bestimmt worden. Zur Unterbringung dieser Geldtransporte, deren erster am 15. November von Wien abging, waren Lokale ausfindig zu machen, in denen die ordnungsgemäße Uebergabe an die Franzosen erfolgen konnte. Die Landeskommision ersuchte drei Tage später das Verordneten-Kollegium, im Landhause einige gewölbte Räume zur Aufnahme und Uebergabe dieser Summen beizustellen. Der französische Kommissär wählte zu diesem Zwecke drei Zimmer des Kammeralzahlamtes „nebst den beim Eintritt

von der Promenade in das Landhaus linker Hand befindlichen drei Gewölber“ aus. Bis zu der für den 24. angekündigten Ankunft der Wagen aus Wien waren zur gegenseitigen Verbindung dieser Räume Türen zu brechen und verschiedene andere Vorkehrungen zu treffen. Diese Lokale waren bisher zur Verwahrung des Rechnungsarchives bestimmt gewesen. Die Buchhaltung mußte wegen der Ankunft der Kontributionsgelder auf der Stelle ihr Archiv räumen und hatte vorerst keine andere Wahl, als es auf den Dachboden zu bringen. Auf ihre Erklärung, unter diesen Umständen keine Haftung übernehmen zu können, wurde das Bauamt sofort angewiesen, einen feuersicheren Raum zur vorläufigen Unterbringung ausfindig zu machen. Aus diesen Vorkommnissen ist also nicht nur der Ort des Rechnungsarchives, sondern auch die während des Einfalles fortdauernde Widmung für seine eigentlichen Zwecke zu ersehen.

Die am 27. April 1809 angetretene Fluchtreise mit den Kassegeldern dauerte diesmal 267 Tage und mußte anfangs so überstürzt ins Werk gesetzt werden, daß bei der nahen Feindesgefahr das Schiff doppelte Bemannung bekam, um rascher vorwärts zu kommen. Die ständische Kassentruhe, welche eine Summe von 300.000 Gulden enthielt und mit den anderen Effekten nicht ganz 24 Zentner wog, wurde nach Temesvar gebracht und dort in der Kirche der Barmherzigen Brüder verwahrt. Die Rückreise wurde zu Lande über Budapest, Raab, Wien ausgeführt und endigte am 18. Jänner 1810, da die Franzosen Linz erst am 4. verlassen hatten. Die gesamten Reiseauslagen beliefen sich diesmal auf 6992 Gulden 23 Kreuzer<sup>51</sup>. Nach ihrer Rückkunft erhielten beide Beamte für ihre unermüdlige Dienstleistung auf Anweisung der Hofkammer je 250 Gulden ausbezahlt. Gleichwohl hatte ihre Wanderschaft wieder ein klägliches Nachspiel, das sich bis zum Juni 1813 hinzog. Sie hatten nach und nach 6500 Gulden als Reisevorschüsse empfangen und in ihrem Partikulare einen um 10 Gulden höheren Kostenaufwand ausgewiesen. Ihre Verrechnung wurde zwar im ganzen als richtig anerkannt, doch wurde das von ihnen angesprochene Taggeld von 6 Gulden zu hoch befunden, da sie ohnedies verschiedene Teuerungszulagen zugebilligt erhalten hätten. Ursprünglich wurden beiden gar nur 3 Gulden Diäten zuerkannt. Die beiden Beamten wendeten sich nun an die Hofkanzlei und wiesen auf die große Teuerung in Ungarn hin, wo sie oft für eine karge Mahlzeit 15 bis 17 Gulden hätten ausgeben müssen; auch wären sie wegen der vielen Beschwerden und des ungewohnten Klimas mehrmals erkrankt, so daß sie die von ihnen ausgewiesene Summe vollständig aufgebraucht hätten. Ihr Ansuchen fand warme Fürsprache bei den Verordneten, welche jetzt ebenso wie schon früher bezeugten, daß die Bittsteller noch nach ihrer Rückkehr ärztliche Auslagen zu bestreiten hatten, welche sie nicht mehr in Rechnung stellen durften. Für diesen außerordentlichen Fall sei es bei dem ungewöhnlich hohen Grade der Teuerung nur recht und billig, dem Gesuche in vollem Umfange zu entsprechen, da „die Gasthäuser bei solchen Gelegenheiten, wie allgemein bekannt ist, die Reisenden, ohne auf Rang und Diäten die mindeste Rücksicht zu nehmen, mit Anrechnung der Zöch äußerst übermäßig behandeln“. Daraufhin wurden „aus besonderer Gnade“ 4 Gulden Diäten bewilligt. Die beiden Beamten reichten nun ein Majestätsgesuch ein, welches Ende Oktober 1812 mit dem Bedeuten zurückkam, der Betrag von 1057 Gulden 16 Kreuzer sei „unweigerlich“ zu ersetzen. Diese Entscheidung war umso härter, als die beiden Betroffenen als Beamte nur auf fixe Bezüge angewiesen und daher der Teuerung schutzlos preisgegeben waren<sup>52</sup>. Die zu erlegende Summe machte indes jetzt nach dem berichtigten Finanzpatente vom 20. Februar 1811, welches die Bankozettel auf den fünften Teil ihres Nennwertes herabsetzte, 211 Gulden 27½ Kreuzer Wiener Währung aus. Mit der erwähnten Finanzmaßregel hängt auch eine kaiserliche Verfügung zusammen, wonach wegen der „wesentlich erleichterten“ Lage der Beamten alle ihre Remunerationsgesuche „platterdings“ abzuweisen seien. Wie wenig jedoch diese Auffassung stichhältig war und wie bald man wieder zum alten Herkommen zurückkehrte, zeigte sich auch in unserem Falle. Die beiden Beamten bekamen

nämlich auf ihr Ansuchen hin von der Hofkanzlei je 60 Gulden als Belohnung für ihre bei der Reise nach Ungarn geleisteten Dienste zuerkannt. Damit war diese leidige Angelegenheit endlich am 25. Juni 1813 bereinigt.

Noch eine andere Angelegenheit erforderte eine nachträgliche Austragung. Den überraschend schnell vordringenden Franzosen war die ständische Kasse mit 98.628 Gulden 13 $\frac{1}{2}$  Kreuzer Kontributionsgelder in die Hände gefallen<sup>54</sup>. Im Jahre 1812 ersuchte das Verordneten-Kollegium, diese Summe der Kammerkasse zur Last schreiben zu dürfen. Die Regierung verlangte nun eine aktenmäßige Aufklärung, warum der Befehl zur Rettung der Kassen nicht befolgt worden sei. Dieser Fall, dessen Erledigung sich bis zum Jahre 1814 hinzog, ist an dieser Stelle deshalb zu berücksichtigen, weil er einen lehrreichen Fingerzeig zur Kritik der Ueberlieferung bietet. Man kann nämlich daraus ersehen, daß nicht nur der Brand des Landhauses und einige in der Eile öfter nur mündlich erteilte Befehle, sondern auch bei unmittelbarer Gefahr die bewußte Absicht der Geheimhaltung Ungleichheiten im vorliegenden Aktenmaterial verschuldet haben. Aus den verschiedenen Angaben ist zu entnehmen, daß weitaus die meisten Beträge in Sicherheit geschafft werden konnten und der Kassestand nur durch unvorhergesehene Einzahlungen knapp vor dem Einmarsche Hillers, dem noch 30.000 Gulden zur Verpflegung seiner Truppen ausbezahlt wurden, wieder gestiegen war. In der Meinung, Hiller werde sich länger in Linz halten, wurde man noch durch seine ersten Verfügungen bestärkt, als plötzlich in der Nacht vom 2. auf den 3. Mai sein überstürzter Abmarsch und gleich hernach der feindliche Einzug erfolgte. Auf diese Weise fiel bereits damals der größere Teil des angegebenen Gesamtbetrages den Franzosen in die Hände, der Rest jedoch, welcher im Obereinnehmeramte versteckt war, wurde bald hernach verraten und vom Feinde abgefordert. Uns interessiert dabei vor allem die Aeußerung über das von der Regierung abgeforderte Protokoll. Dieses, bemerken die Stände, könne aus dem Grunde nicht vorgelegt werden, „weil aus Besorgniß, daß ein schriftlicher Aufsatz in feindliche Hände gerathen und die in geheime Verwahrung gebrachte Summe ein Raub des Feindes werden könnte, kein Protokoll aufgenommen worden ist, welches auch umso weniger nothwendig befunden wurde, als dasjenige, was in Ansehung des Geldes zu geschehen habe, einstimmig beschlossen, und der Entschluß von dem Verordneten-Kollegium selbst gleich in Vollzug gesetzt worden ist“. Im Kassejournal findet dieser traurige Zwischenfall darin seinen Ausdruck, daß vom 3. Mai bis zum 5. November 1809 jeder Eintrag fehlt.

Von allen feindlichen Einfällen war der des Jahres 1809 für das Land der allerschwerste. Große Blutopfer und wahre Unsummen an Verpflegskosten und Kriegsleistungen hatte er erfordert<sup>54</sup>. Diesmal war auch der Friedensschluß für Oberösterreich besonders hart, indem es das Innviertel und beinahe die Hälfte des Hausruckkreises verlor. Ja noch mehr. Durch diese Verkleinerung war überhaupt die Selbständigkeit des Landes in Frage gestellt, da man schon Anstalten traf, sowohl die Landesregierung in Linz aufzulösen und sie wieder mit der niederösterreichischen Landesstelle in Wien zu vereinigen<sup>55</sup>, als auch die ständischen Einrichtungen mit der Landschaft in Wien zu verbinden<sup>56</sup>.

An dieser Stelle ist besonders eine Folgeerscheinung der Gebietsabtretung zu erwähnen, nämlich die Auslieferung der Archivalien des Innviertels und der des abgetretenen Theiles des Hausruckviertels. Nach dem achten Artikel des Wiener Friedens sollte dies in der Zeit von zwei Monaten nach Auswechslung der Ratifikationen geschehen. Die Landeskommission theilte dies schon am 30. Dezember 1809 dem Verordneten-Kollegium mit der Weisung mit, zuerst die Innviertler, dann die einschlägigen Hausruckviertler Akten abzusondern, zu verzeichnen und zur Uebergabe bereitzuhalten. Für das Innviertel, das erst im Jahre 1779 durch den Teschener Frieden von Bayern abgetrennt und mit Oberösterreich vereinigt worden war, ließ sich dies umso leichter durchführen, als die Innviertler Bestände trotz des siebten Artikels der Friedenskonvention zwischen Maria Theresia und dem

Kurfürsten Karl Theodor von der Pfalz in den bayerischen Archiven verblieben waren. Anders stand es jedoch bei dem mit dem Lande eng verwachsenen Hausruckviertel, das zudem noch durch die neue Grenzlinie zersplittert wurde. So konnte denn bereits am 31. Jänner 1810 der mit ständischem Patente vom 16. März 1780 neuerrichtete Steuerkataster des Innviertels der französischen Kommission übergeben werden. Nicht ausgeliefert wurden jedoch die geforderten „Steuerregulierungs-, Lager- und Subrepartitionsbücher“, weil die Josefinische Steuerreform nicht zur Ausführung gekommen war<sup>57</sup> und daher diese Bücher nicht zum bestehenden Kataster gerechnet werden konnten. Wegen der in ihren Gülten zerstückelten Dominien des Hausruckviertels mußte vorerst auf Grund von gedruckten Anweisungen und Formularen und ihrer Ausfüllung durch die Grundobrigkeiten ein eigener Kataster angelegt werden. Auch in der Registratur verursachte die Ausführung viel Arbeit, da dort das vom Jahre 1790 bis 1810 aufbewahrte Material schon mehr als 220 Aktenfaszikel umfaßte und ihre Durchsicht umso längere Zeit beanspruchte, als der zweite Registrant Matthias Hell noch einige Monate nach Abschluß des Krieges im St. Florianer Stiftsspital zu St. Florian angestellt blieb. Inzwischen hatte Napoleon den abgetretenen Landesteil mit Staatsvertrag vom 12. September 1810 dem Königreiche Bayern überlassen. Das Drängen der bayerischen Regierung fruchtete ebensowenig wie vorher das der französischen Kommission; es gelang den Ständen, die weitere Auslieferung der Akten so lange hinauszuschieben, bis die geänderten politischen Verhältnisse die Sache ganz vergessen ließen. Als das Land ob der Enns im Münchener Staatsvertrage vom 14. April 1816 seine frühere Westgrenze wieder gewann, kamen nach den Bestimmungen des zwölften Artikels dieses Vertrages die ausgelieferten Innviertler Rektifikationsakten wieder an die landschaftliche Buchhaltung zurück.

## V.

Wenn nun auch die ganze Angelegenheit eine für das Land günstige Wendung genommen hatte, so war sie doch wegen der viel Zeit erfordernden Vorarbeiten für die Uebergabe ein großes Hindernis gewesen, die durch den Brand des Landhauses, durch die Flüchtigungen und feindlichen Einquartierungen verursachten Unordnungen gründlich zu beheben. Als daher im Oktober des Jahres 1812 eine vom Präsidium der Hofkanzlei angeordnete Untersuchung der ständischen Hilfsämter stattfand, hatte diese ein recht wenig erfreuliches Ergebnis. Archiv und Registratur waren bis zum Jahre 1808 vereinigt gewesen. Als nun Paumgarten im Jahre 1797 eine Aenderung der bisherigen Einteilung sich aufdrängen ließ, als ferner nach der Feuersbrunst auch die Registratur in der Einordnung der Akten ihre eigenen von dem ständischen „Amtsunterrichte“ abweichenden Wege einschlug, ging die ursprüngliche Einheitlichkeit und Uebereinstimmung nicht nur zwischen diesen beiden Stellen, sondern auch in den eigenen Beständen verloren. Es war daher nur eine Anerkennung des schon bestehenden Zustandes, wenn im Jahre 1808 die Registratur vom Archive abgetrennt wurde. Da deren Vorsteher seiner Aufgabe ebensowenig gewachsen war als Paumgarten, so ist der höchst unbefriedigende Befund der Ueberprüfung leicht erklärlich. Bei dieser war festgestellt worden, daß beide Ämter „nicht in einer zweckmäßigen Einrichtung gefunden“ wurden. Die Verordneten bemerkten selbst, das Archiv weise eine noch größere Unordnung auf als die Registratur, da durch die vor mehreren Jahren begonnene und nach kurzer Zeit wieder unterbrochene neue Einrichtung die Verwirrung nur noch erhöht worden sei. Noch schärfer drückt sich der Regierungsbericht aus, wenn er von einer völligen Auflösung des Archives spricht, die angefangenen Ordnungsarbeiten als gänzlich mißlungen bezeichnet und der Meinung Ausdruck gibt, „der als Archivar arbeitende Greis“ könne ohne Beihilfe „das zerstörte Gebäude dieser Urkundensammlung“ niemals herstellen. Es sei daher ein Archivadjunkt ein unbedingtes Bedürfnis, nur müsse man auf dessen volle Eignung mehr Bedacht nehmen, als dies bisher bei Anstellungen in der Landschaft geschehe. Um in der Registratur wieder Ordnung

zu schaffen, wußte man kein anderes Mittel, als mit 1. Jänner 1813 einen völlig neuen Abschnitt zu machen. Zugleich hatte die Regierung zur Behebung der gerügten Gebrechen vorgeschlagen, die Kanzleivorschriften der eben mit Hofdekret vom 30. September 1812 wieder hergestellten Landesstelle, bei welcher der eingangs erwähnte „Amtsunterricht“ vom 14. März 1784 im Gebrauche stand, auch in den ständischen Aemtern zur Einführung zu bringen. Die Verordneten waren damit einverstanden und erbaten sich zur Verwirklichung die Bewilligung der nötigen Personalvermehrung, die mit Hofkanzleidekret vom 31. Dezember 1812 erfolgte. Dem altersschwachen Archivar Paumgarten wurden ein Adjunkt mit dem Jahresgehalt von 550 Gulden sowie zwei Diurnisten beigegeben. Die Registratur erhielt ebenfalls zwei Aushilfskräfte, die gleichfalls täglich je einen Gulden erhielten. Diese vier Tagschreiber sollten in dem Maße, als sie mit dem Fortschreiten der Ordnungsarbeiten entbehrlich würden, allsogleich entlassen werden. Im Sinne dieser Vorschläge bestimmte die neue am 13. Februar 1813 erlassene Instruktion für Registratur und Archiv: „Mit 1. Jänner 1813 ist eine neue Registratur anzufangen . . ., die dermalige und ältere Registratur muß nach und nach auf eben jene Art wie die neu anzufangende eingeteilt und geordnet werden, damit die älteren Akten in selbe hinterlegt werden können . . .; das Archiv ist auf eine mit der Registratur gleichförmige Art einzurichten und fortzuführen . . .“ Am 28. April 1813 wurde der bisherige erste Registrant Matthias Hell zum Archivadjunkten ernannt, welcher, wie wir noch sehen werden, bis zu seinem im Jahre 1848 erfolgten Abgange alle Arbeiten leitete.

Die Vorarbeiten waren kaum begonnen, als im Sommer 1813 schon wieder eine feindliche Besetzung zu gewärtigen war. Oesterreich hatte sich dem großen Bunde gegen Napoleon angeschlossen, mit welchem das benachbarte Bayern zunächst noch eng verbunden war. Da Napoleon in Böhmen einzudringen gedachte und die bayerische Grenze durch den Wiener Frieden unserer Landeshauptstadt bedeutend näher gerückt war, so war für Linz die Gefahr nicht zu unterschätzen.

Schon am 17. Juli wandte sich der Staats- und Konferenzminister Graf Ugarte mit Hinweis auf die Prager Verhandlungen, welche Oesterreich zwischen den Kriegführenden vermittelt hatte, in einer geheimen Instruktion an den Landespräsidenten Grafen Aicholt. Für den Fall des Krieges sollten schon jetzt auf Grund der Weisungen des Jahres 1809 Vorkehrungen zu einer etwa nötigen Fluchtung der Staatsgüter in Erwägung gezogen werden, ohne jedoch vorderhand etwas zu verfügen oder jemandem hievon Mitteilung zu machen. Am Ende dieses Monats kamen indes von Wien bereits bestimmtere Anordnungen, welche die ersten vorbereitenden Arbeiten verfügten. In der Registratur der Landesregierung und in dem ständischen Archive wurde daher schon in den ersten Tagen des August die Aktenausscheidung und Verpackung begonnen. Auch sämtliche Kassen waren in Sicherheit zu bringen und der Landespräsident durfte bloß einen geheimen Verlag von 50.000 Gulden und außerdem als Chef der Stände einen solchen von 30.000 Gulden zurückbehalten. Bis auf diesen Rest war die gesamte ständische Kasse, welche damals eine Höhe von 400.000 Gulden aufwies, wegzubringen. Die Verordneten ersuchten, man möge ihnen doch eine größere Summe zugestehen, da es unter Umständen besser sei, einen höheren Geldbetrag aufzuopfern, als durch feindliche Gewalttätigkeiten noch größeren Schaden zu erleiden. Ihr Ansuchen wurde trotz Befürwortung des Landeschefs rundweg abgewiesen. Bald danach bekam dieser die geheime Vollmacht, bei einem feindlichen Einfall die ständische Körperschaft überhaupt als aufgelöst zu erklären. Auch die Landeskommission, die früher bei solchen Anlässen die Geschäfte leitete, wäre diesmal nicht ins Leben gerufen worden, sondern für die Stadt Linz und dem vom Feinde besetzten Teile der Provinz wäre ein Hofkommissär zur Verwaltung bestellt worden. Als Flankenschutz und Verbindung der beiden in Böhmen und Innerösterreich operierenden Hauptarmeen war ein Donaukorps unter dem Kommando des Feldzeugmeisters Fürst Reuß-Plauen gebildet worden, welcher zuerst sein Hauptquartier in Enns aufschlug. Von ihm erhielt dort Graf Aicholt Kenntnis,

daß diesmal Linz nur als Vorpostenstandort in Aussicht genommen sei. Bei den angeführten Verhältnissen wußte man anfangs nicht, ob man die Kassen und Archive besser am linken oder rechten Donauufer fortschaffen sollte. Man entschied sich, als Zufluchtsstätte für erstere das Schloß Greinburg zu wählen, letztere jedoch, um sie gleich weiter fortzuschaffen, zu Schiff vorläufig nach Wien zu bringen. Bei Wallsee war über die Donau eine Pontonbrücke geschlagen worden, so daß für die Kassen ein Uferwechsel unschwer durchzuführen war. Inzwischen war am 11. August dem Kaiser Napoleon der Waffenstillstand aufgekündigt worden und am 17. sollten die Feindseligkeiten beginnen. Bis zu diesem Zeitpunkte hatten daher die Staatsgüter und Wertgegenstände des Landes von der Stadt Linz, welche zuerst als Sammelstelle gedient hatte, weggebracht zu sein. Durch die bösen Erfahrungen des Jahres 1809 gewitzigt, hatte man diesmal die umfangreichsten Vorkehrungen auf allen Gebieten getroffen. Wie damals in Linz die ständische Kasse dem Feinde in die Hände fiel, so war auch aus Wien eine ganze Reihe von Archivalien von den Franzosen nach Paris gebracht worden, um dort dem von Napoleon geplanten Weltarchive einverleibt zu werden. Diesmal wurde auf Befehl des Kaisers Franz in einem besonderen Erlasse angeordnet, es dürften keine wichtigeren Schriften zurückbleiben. Als daher die Oberfaktorerei der Innerberger Hauptgewerkschaft in Steyr meldete, sie habe die Akten und Kreditbücher verpackt und den Magistrat ersucht, die Kisten ins städtische Rathaus bringen zu dürfen, weil die Gebäude der Municipien jederzeit verschont und respektiert werden, fand die Landesstelle diesen Vorgang für nicht genug ratsam und war für die gänzliche Fortschaffung. Nur beim Kirchensilber waren die Sicherungsmaßnahmen vereinfacht. Sein Bestand war durch Beschlagnahme in den vorausgegangenen Kriegsjahren nämlich schon so geschmälert worden, daß das bischöfliche Konsistorium erklärte, die wenigen noch vorhandenen Kostbarkeiten würden eine Fluchtung nicht mehr verlohnen und könnten ohnedies leicht versteckt werden.

Die ständischen Gelder, welche diesmal wieder den gleichen Beamten wie im Jahre 1809 anvertraut waren, wurden ebenso wie die staatlichen Kassen nach Greinburg gebracht. Der gesamte Transport, welcher über 30 Kisten und ebenso viele Fässer Kupfergeld umfaßte, schloß auch die einschlägigen Bücher und Schriften in sich, welche allein sechs Kisten füllten. Nicht nur wegen gesicherterer Verwahrung, sondern auch wegen Wiederaufnahme der Amtsgeschäfte sollten am 13. September alle ärarischen Kassen über die Brücke bei Wallsee nach Melk gebracht werden. Da jedoch ein zu dieser Zeit eingetretenes Hochwasser beide Schiffsbrücken weggerissen hatte, wurde der Transport verzögert und langte erst am 28. in Melk ein, wo die Kassegeschäfte im Stiftsgebäude wieder aufgenommen und über einen Monat lang abgewickelt wurden.

In gleicher Weise wurden diesmal auch die ständischen Archivbestände mit den staatlichen geflüchtet. Auf zwei Schiffen wurde der Transport am 16. August ins Werk gesetzt, langte zwei Tage später in Wien ein und blieb dort auf den Schiffen verladen. Mit den Registraturen der Landesregierung, den Akten des Landtafelamtes und der übrigen staatlichen Aemter waren auch 32 große Kisten des Hannoverschen Gesandtschaftsarchives weggeführt worden, welches vor mehreren Jahren einem hiesigen Kaufmanne anvertraut worden war und seither an verschiedenen Stellen in Linz seine Zuflucht gefunden hatte. Die gesamte geflüchtete Aktenmasse wurde auf 1200 Zentner geschätzt. Sowohl das Landrecht als auch die Stände hatten einen eigenen Befehl erhalten, die Josefinischen Steuerregulierungsakten und Fassionsbücher fortzubringen. Nach der von den Verordneten erhaltenen Vorschrift hatte die ständische Buchhaltung die rektifizierten Kataster und Steuerregulierungsbücher, die Kredit- und Kontobücher sowie die Ausweise über die Kontributionsrückstände zur Versendung bereitzustellen. Diesmal sind wir überdies durch ein Verzeichnis darüber unterrichtet, was alles aus dem eigentlichen Archive der Landschaft geflüchtet wurde. Es waren dies das „geheime Archiv“ in den drei tragbaren Kästen, sämtliche Landmannschaftsakten und Standes-

erhebungen, die Matrikelbücher und Tagregister, die ständischen Schlüsse vom Jahre 1700 angefangen, alle Innviertler Akten, die Faszikel über die Verhältnisse mit dem Auslande, über die Waffenstillstände und Grenzstreitigkeiten, die Friedensverträge, die Materialien über die römischen Königswahlen, die Erbfolgeordnungen und Stammbäume, die Schriften über die Herren- und Ritterstandskasse sowie die Vischerischen Karten. Die Registratur hingegen wurde gänzlich in Linz zurückgelassen. Die Ausscheidung und Verpackung hatte der Archivar Paumgarten durchgeführt, doch kam dieser wegen seines Alters als Transportkommissär nicht mehr in Betracht, sondern blieb in Linz zurück.

Durch die günstige Wendung, welche der am 8. Oktober zwischen Oesterreich und Bayern abgeschlossene Rieder Vertrag dem Lande gebracht hatte, fanden sich die Verordneten bewogen, an die Zurückberufung der Archivalien zu denken. Dieses Gesuch war noch nicht erledigt, als die Kunde vom siegreichen Ausgange der Völkerschlacht bei Leipzig einlangte. Schon am 24. Oktober wurden sämtliche Flüchtlingsanstalten eingestellt und sieben Tage später erteilte der Landespräsident den Befehl zur Rückbeförderung sämtlicher Kassen und Akten.

Die ständische Kasse dürfte aber schon viel früher aus Grein zurückgebracht worden sein, da nach dem Kassebuch den sie begleitenden Beamten schon am 8. Oktober 223 Gulden 3 Kreuzer für Reisekosten ausbezahlt wurden, nachdem bereits am 27. September 200 Gulden als Fuhrlohn für zwanzig Tage angewiesen worden waren. Diese vorzeitige Zurückberufung ist umso verständlicher, als nur geringe Beträge in der Hand des Landeschefs zurückgelassen worden waren, so daß eine Aufrechterhaltung des normalen Dienstbetriebes bei Abwesenheit sämtlicher Kassen nicht möglich gewesen wäre. Die ständischen Archivalien waren mit den staatlichen wieder auf dem Wasserwege zurückgebracht worden und hatten 108 Tage zur Reise gebraucht. Für Schiffsmiete und Wartegeld traf die Landschaft der Betrag von 4423 Gulden 14½ Kreuzer; außerdem erhielten von ihr die beiden jungen Begleiter je 324 Gulden Taggelder. Auch diesmal ging es nicht ohne ein kleines Nachspiel ab, indem wieder das vom Transportkommissär, einem ständischen Buchhaltungsbeamten, beanspruchte höhere Diätenausmaß nicht anerkannt wurde.

Am 15. April 1814 meldete Graf Aicholt nach Wien, daß alle geflüchteten Gegenstände wohlbehalten zurückgelangt und nur bei der Wollenzeugfabrik einige unbedeutende Beschädigungen erfolgt seien<sup>58</sup>.

Als Napoleon niedergedrungen und die Gefahr für das Land gewichen war, ließ die Regierung sofort die Geschäftsgebarung der landschaftlichen Buchhaltung untersuchen. Es wurde mit Jänner 1814 eine neue Verrechnungsmethode eingeführt und zugleich traten Rechnungsbeamte der Landesregierung in die leitenden Stellen ein. Wie aus der Rechtfertigung der „jährlings“ in Ruhestand versetzten Beamten hervorgeht, waren die vorgefundenen Rückstände und Unordnungen hauptsächlich dadurch veranlaßt worden, daß trotz der durch die Kriegsereignisse und den Brand gewaltig gestiegenen Mehranforderung des Dienstes niemals eine Personalvermehrung stattgefunden hatte. Unter solchen Verhältnissen hatte natürlich auch das Buchhaltungsarchiv zu leiden. Dieses war nach der hastigen Räumung im Jahre 1809 inzwischen wieder in das alte Lokal beim Landhaustor zurückgebracht worden. Um nun den Platzmangel und die Unordnung zu beheben, wählte man im Jahre 1812 die zwar einfache, aber höchst bedauernswerte Abhilfe, daß man die ältesten, bis in den Beginn des 16. Jahrhunderts zurückreichenden Materialien kurzerhand vertilgte.

Zusammenfassend kann gesagt werden, daß man bloß bei der ersten Flucht von einem umfassenderen Abtransporte des Archives sprechen kann, indem im Jahre 1797 neben anderen wichtigen Beständen auch die umfangreiche Serie der „Annalen“ nach Leonfelden gebracht wurde. In den anderen Fällen begnügte man sich mit der Wegführung geringerer Teile. Ausschlaggebend für die Auswahl waren da lediglich jene praktischen Gesichtspunkte, welche in den jeweiligen Weisungen der Regierung gegeben wurden. In erster Linie dachte man stets an die Fortschaffung des „geheimen Archives“ mit den ständischen Privilegien. Weiterhin suchte man vor

allein die Steuerkataster sowie die wichtigsten Akten des unmittelbar vorausgegangenen Jahrhunderts wegzubringen. Es gelang immer, die geflüchteten Archivalien ohne Unfälle zurückzubringen. Erst wenn man aus der Geschichte anderer Archive sieht, welche große Schädigungen ihnen gerade auf solchen Fluchtreisen zustießen, vermag man diese Tatsache voll zu würdigen. Das verhängnisvollste Geschick, von dem das ständische Archiv je betroffen wurde, war der Brand des Landhauses und die dadurch verursachten Verluste und Zerstörungen jeder Ordnung. Erst durch das Zusammentreffen mit diesem unglücklichen Ereignis wurden die fortwährenden Flüchtlingsanstalten für das Archiv so unheilvoll, indem gerade diese eine regelrechte Wiederinstandsetzung und geordnete Verwaltung für lange Zeit verhinderten. Wenn man zu den Reisekosten noch die Auslagen für die Vorbereitung und für die Flucht nach Leonfelden und in das Schloß Hagen, über welche keine Verrechnungen vorliegen, in Anschlag bringt, so ergibt sich eine hohe Summe, die an 30.000 Gulden heranreicht.

## VI.

Nach den gewaltsamen Erschütterungen und Zerstörungen des Krieges war nun endlich die Zeit des ungestörten Wiederaufbaues gekommen. Der Neuordnung des Geschäftsganges im Landhause wurde bereits gedacht. Die damaligen Grundlagen des Dienstbetriebes sind im wesentlichen noch heute in Geltung. Der durch das Februarpatent veranlaßte „Amtsunterricht“ vom 16. April 1861, welcher den Wirkungsbereich des an Stelle des Verordneten-Kollegiums getretenen Landesausschusses regelte, hob nur jenen der ständischen Kollegien vom 22. Dezember 1791 ausdrücklich auf<sup>59</sup>. Die dort angekündigte und im Jahre 1866 beschlossene Instruktion für die Landeshilfsämter ließ jedoch den im Jahre 1813 eingeführten Geschäftsweg im ganzen unberührt.

Von all den Arbeiten, welche im Landhause die zerstörenden Wirkungen des Krieges und des Brandes zu beheben suchten, ist an dieser Stelle bloß in kurzen Zügen die Neuordnung des landschaftlichen Archives zu berühren. Diese setzte noch im Jahre 1813 ein. Die Arbeit war eine recht schwierige. Die ganze Aktenmasse lag in voller Verwirrung, und Vorarbeiten, an die man hätte anknüpfen können, waren keine vorhanden. Um die Registratur stand es nicht viel besser. Im Fortschreiten der Ordnungsarbeiten zeigte sich, daß vieles durch langjährige Entlehnungen abhanden gekommen war. Auch stellten die Jahre 1783—1790, als die ständische Kanzlei mit der Landesregierung eine vereinigte Geschäftsbehandlung hatte, eine vollständige Lücke dar. Das Bestreben, nach Kräften den unversehrten Bestand wieder herzustellen, begegnete den mannigfachsten Schwierigkeiten. Gerade hier zeigte sich der verderbliche Einfluß der vorausgegangenen Kriegsjahre. So teilt Graf Sprinzenstein im Jahre 1819 mit, er könne bei bestem Willen die verlangten Stücke nicht zurückstellen, da seine Familienakten durch Verbergung vor den Franzosen ganz in Verwirrung gekommen seien. Unter solchen Umständen wurde die Ordnungsarbeit immer wieder verzögert, zumal die bewilligten Hilfskräfte auch für andere Verwendungen herangezogen wurden. Außerdem war noch eine andere große Aufgabe hinzugekommen, die Anlegung einer neuen Adelsmatrikel<sup>60</sup>. Die Wiederaufnahme dieses alten Vorhabens hatte nicht nur eine genaue Bearbeitung der Geschlechterurkunden und Familienakten zur Voraussetzung, sondern führte auch zum Ankauf der historischen Sammlungen des Genealogen Hoheneck aus dem Schlüsselberger Archive<sup>61</sup>. Die größte Verzögerung brachte indes die Hofstelle selbst, welche im Jahre 1821 ihrem Unwillen über den zu langsamen Fortgang dadurch Ausdruck verlieh, daß sie die beiden gut verwendbaren Aushilfskräfte einfach auf die Straße setzte. Um nun doch das zur Vollendung nötige Personal zu sichern, wählte man mit Hofdekret vom 30. Mai 1823 den Ausweg, das Archiv wieder mit der Registratur zu vereinigen und Hell zum Vorstände zu ernennen. Dieser war die Seele des ganzen Unternehmens und hatte schon als Archivadjunkt die ganzen Geschäfte geleitet, da der im Jahre 1822 in den Ruhestand getretene Archivar Paumgarten schon seit

Jahren für dienstliche Verrichtungen überhaupt nicht mehr in Betracht kam. Durch diese Zusammenlegung wurde die frühere Haupttätigkeit zu einer Nebenbeschäftigung herabgedrückt, die vielfach auf dienstfreie Stunden angewiesen war.

Bei diesen Verhältnissen darf es nicht wundernehmen, daß es mehr als 30 Jahre dauerte, bis die Neuaufstellung abgeschlossen werden konnte. Den Hauptteil der Arbeit bildete die Ordnung des umfangreichen Aktenmaterials<sup>62</sup>. In den „Elenchen“ wurde dieses meist Stück für Stück in seinem wesentlichen Inhalte verzeichnet, so daß über die einzelnen Abteilungen ein bequemer Ueberblick geboten ist. Den eigentlichen Abschluß auf diesem Gebiete bedeutete der schon seit Hohenecks Zeiten gewünschte „Universalindex“, der nun endlich im Jahre 1835 in fünf Folianten abgeschlossen vorlag. Mit ihm war wenigstens bis zum Jahre 1790 eine abschließende Arbeit geleistet. Die Dreiteilung der Akten in Archiv, alte und neue Registratur, blieb bestehen, obwohl das gesamte Material einheitlich nach demselben Prinzip bearbeitet wurde. Das Ganze ist das Werk mehrerer Hände und weist daher nicht in allen Abschnitten die wünschenswerte Einheitlichkeit und strenge Folgerichtigkeit auf, ja nicht einmal die Abgrenzung innerhalb der drei Teile ist genau durchgeführt. Aber wenigstens gründliche Arbeit ist geleistet worden, für deren Durchführung dem Leiter Hell umso größeres Verdienst gebührt, als er sich trotz vielfacher Hindernisse in der Verfolgung seines Zieles nicht beirren ließ. Die Repertorisierung und eingehende Bearbeitung des „geheimen Archives“ hat der Registrant Franz Stauber im Jahre 1845 vollendet<sup>63</sup>. Die Verzeichnung der Geschlechterurkunden und Familienakten, ja die Ausführung der ganzen Matrikel, welche im Jahre 1848 in neun Bänden abgeschlossen wurde, rührt von dem landschaftlichen Zeichenlehrer und späteren Registraturbeamten Georg Weishäupl her. Neben diesen Arbeiten kamen noch genaue Repertorien für die umfangreiche und wertvolle Sammlung der landesfürstlichen und ständischen Patente zur Ausführung und außerdem wurden noch für einzelne Abteilungen des Archives besondere Indizes angelegt.

Wenn man auch damals noch in den ständischen Einrichtungen lebte und diese daher aus eigener Anschauung kannte, so müssen diese Leistungen dennoch hoch veranschlagt werden. Die Schulung, welche die Beschäftigung mit der Vorzeit mit sich brachte, lebte sich immer mehr und mehr in wissenschaftlichen Tendenzen aus, die in den fleißigen und schätzbaren Werken Staubers<sup>64</sup> und in der Anstellung Weishäupls<sup>65</sup> als ersten Kustos des im Jahre 1833 gegründeten Landesmuseums in Linz ihren Ausdruck fanden.

Zum Schlusse wollen wir noch mit einigen Worten der Gründung der soeben genannten Anstalt gedenken, deren Anfänge ja auch erst auf dem Hintergrunde jener Zeit in die richtige Beleuchtung rücken. Angesichts der Fülle der Aufgaben und der entgegenstehenden Schwierigkeiten hatte Kurz im Jahre 1808<sup>66</sup> für die Bearbeitung der vaterländischen Geschichte die Gründung einer Gesellschaft vorgeschlagen. Wenn auch damals seine Stimme im Kriegslärm verhallte, so haben wir gleichwohl in diesem Aufrufe die Keimzelle unseres Musealvereines zu erblicken. Welch geringe Aussicht damals für solche Gründungen war, ist schon daraus zu schließen, daß auch alle von der Regierung in den Jahren 1805 und 1817 unternommenen Versuche, die unter Maria Theresia entstandene und später eingegangene Ackerbaugesellschaft wieder ins Leben zu erwecken, ergebnislos geblieben sind. Diese Vereinigungen waren damals, anders wie heute, gelehrte Körperschaften, welche die Ergebnisse der Wissenschaft für die praktische Landwirtschaft fruchtbar machten. Ja sie sind als Vorläuferinnen der Musealvereine zu betrachten, welche zum Teile sogar unmittelbar aus ihnen erwachsen. In Steiermark war allerdings schon im Jahre 1811 durch Erzherzog Johann, der die Ideen der damaligen Zeit in großartigstem Maße verkörperte, das nach ihm benannte Institut entstanden, woraus in der Folgezeit nicht nur das steiermärkische Landesmuseum mit Archiv und Bibliothek, sondern auch die technische Hochschule, die Bergakademie zu Leoben sowie noch die Landwirtschaftsgesellschaft und der

Verein für Industrie und Gewerbe hervorgingen. Wahrhaftig ein Versuch des Wiederaufbaues im großen, der zeigt, wie innig damals materielle und geistige Kultur verwachsen waren! Das Joanneum ist auch für Oberösterreich von größter Bedeutung geworden, da unser Industrie- und Gewerbeverein sowie die Landwirtschaftsgesellschaft auf diese Wurzel zurückgehen. Auch die Anfänge unseres Museums deuten auf dieses Vorbild hin. Durch Aufnahme der naturwissenschaftlichen Fächer und durch Schaffung einer „technologischen Abteilung“ für Industrie und Landwirtschaft mußte der Gründer des Museums Anton Ritter von Spaun, der anfangs im Sinne von Kurz einen Geschichtsverein ins Leben rufen wollte, dem Zuge der Zeit Rechnung tragen. Erst als zur Förderung von Gewerbe und Landwirtschaft die schon erwähnten besonderen Vereinigungen entstanden, beschränkte sich mit dem Jahre 1842 das Museum auf die kulturgeschichtlichen und naturwissenschaftlichen Disziplinen.

Gleich Ziegler war auch nachmals Spaun Mitglied des Verordneten-Kollegiums. Aus dem Schoße dieser Körperschaft hat also unser heimatliches Geistesleben die nachhaltigste Befruchtung erfahren, die auch dem materiellen Gedeihen des Landes sehr zugute gekommen ist. Möge unser schwer gebeugtes Vaterland niemals vergessen, daß auch heute wie damals in den geistigen Gütern die Wurzeln unserer Kraft und Erneuerung und somit auch des wirtschaftlichen Aufbaues liegen!

#### Anmerkungen.

<sup>1</sup> Näheres bei Pritz F., Geschichte des Landes ob der Enns 2 (1847), S. 610 f. und 622 f., Stauber F., Historische Ephemeriden über die Wirksamkeit der Stände von Oesterreich ob der Enns (1884), S. 82 f., 96, 129 f. u. 159, und Adler S., Das adelige Landrecht in Nieder- und Oberösterreich und die Gerichtsreformen des XVIII. Jahrhunderts (Sonderabdruck aus der Festschrift zum 31. Deutschen Juristentag 1912), S. 55 f.

<sup>2</sup> Amts-Unterrichte für beyde löbl. Ständische Kollegien sammt dem Unterrichte über den Geschäften-Zug der Ständischen Aemter im Erzherzogthume Oesterreich ob der Enns (gedruckt). Die Bestimmungen über das Archiv finden sich auf S. 50 und 93 f.

<sup>3</sup> Gaisberger J., Geschichte des k. k. akademischen Gymnasiums zu Linz, im 15. Berichte des Museums (1885), S. 63 f. In diesen Jahren besuchte der nachmals berühmte gewordene Geschichtsforscher Franz Kurz das Lyzeum.

<sup>4</sup> Geboren 1760 zu Erfurt. Annalen der österreichischen Literatur, Jahrg. 1802, Intelligenzblatt Nr. 4, S. 32.

<sup>5</sup> Diese umfaßte 54 Bände und befindet sich, jedoch weitaus nicht vollständig, seit 1812 im Staatsarchive zu Wien. Vgl. Mühlbacher E., Die literarischen Leistungen des Stiftes St. Florian (1905), S. 180.

<sup>6</sup> Dies ist aus dem Einlaufprotokolle des Jahres 1796, fol. 274, zu ersehen.

<sup>7</sup> Er ist dort schon im Jänner 1804 gestorben. Annalen der Literatur und Kunst in den österreichischen Staaten, Jahrg. 1804, Intelligenzblatt Nr. 9, S. 72, und Nr. 26, S. 13; an der letzterwähnten Stelle sind auch die von ihm veröffentlichten Schriften angeführt.

<sup>8</sup> War vor seinem Eintritte in ständische Dienste Pfleger in Riedeck und hatte bereits bei seiner im Jahre 1791 erfolgten Aufnahme in das Archiv eine zwanzigjährige Beamtenlaufbahn hinter sich. Wie sein Vorgänger bekam er als Archivar einen jährlichen Gehalt von 400 Gulden, welcher im Jahre 1808 auf 600 Gulden erhöht wurde.

<sup>9</sup> Für die Sicherung der ständischen Bibliothek zur Zeit der Bauernkriege liegt ein Vorschlag des großen Astronomen Kepler vor. Bei Proschko F., Kepler in Linz, im 14. Berichte des Museums (1854), S. 51 f.

<sup>10</sup> Vgl. Stülz J., Geschichte des Cistercienser-Klosters Wilhering (1840), S. 332, und Pritz 2, S. 442.

<sup>11</sup> Vgl. Pritz 2, S. 509. Aehnliche Befürchtungen bestanden im Jahre 1866; damals war der Abgang der Kassegelder nach Steiermark schon sehr nahe bevorstehend. Sitzungsprotokolle des oberösterreichischen Landesausschusses, Jahrg. 1866, S. 250, 259, 269 f.

<sup>12</sup> Die Reichsgrafen und Herren von Thürheim (Linz 1895), S. 84 u. 252; vgl. Schwerdfeger, Der bairisch-französische Einfall in Ober- und Niederösterreich (1741), im Archiv für österreichische Geschichte 87/2, S. 363.

<sup>13</sup> Vgl. Pritz 2, S. 464.

<sup>14</sup> Zur allgemeinen Uebersicht für die folgenden Kriegereignisse sei u. a. auf Wahl A., Geschichte des europäischen Staatensystems im Zeitalter der französischen Revolution und der Freiheitskriege (1789—1815) [Handbuch der mittelalterlichen und neueren Geschichte, hg. von Below und Meinecke], S. 71 ff. verwiesen. Die Vorfälle im Lande verzeichnet Pritz 2, S. 553 ff. Seine Hauptquelle sind die verlässlichen gleichzeitigen Aufschreibungen des im Jahre 1833 verstorbenen Domherrn Franz Haslinger, welche sich in der Stiftsbibliothek zu St. Florian befinden. Vgl. Pröll L. im 50. Berichte des Museums (1892), S. 5.

<sup>15</sup> Bauart und Fassungsraum dieser Schiffe beschreibt Schultes J. A., Donaufahrten 1 (Wien 1819), S. 13 f.

<sup>16</sup> Ueber die ursprünglich mit dem Innsbrucker Archiv vereinigten und erst unter Josef II. ausgeschiedenen vorländischen Archivalien vgl. Schönherr D., Das k. k. Statthaltereiarhiv zu Innsbruck in: Archivalische Zeitschrift 11 (1886), S. 116—121.

<sup>17</sup> Zu den bei Wolf G., Geschichte der k. k. Archive in Wien (1871), S. 43, Anm. 1, genannten Beständen der geflüchteten Tiroler Archive kommen noch nach den Eintragungen in den Einlaufprotokollen der hiesigen Landesregierung die Schriften des Bergwerksdirektorates Schwaz und des Appelationsgerichtes in Innsbruck, die Oberinntaler und vorarlbergischen Kreisakten, das Stiftsarchiv Sonnenburg. Die betreffenden Aktenstücke selbst wurden im Jahre 1848 leider skartiert.

<sup>18</sup> Diese war in 15 Kisten verpackt. Klaar K.; Die Briefe der Dorothea von Schlegel an Theresia Unterkircher geb. Primisser in: Forschungen und Mitteilungen zur Geschichte Tirols und Vorarlbergs 12 (1915), S. 32. Da dazu noch der Silberschatz und die wertvolleren Paramente der Dreifaltigkeitskirche zu Innsbruck kamen, so machte der Transport hier jedoch 18 Kisten aus.

<sup>19</sup> Von den gleichen Erwägungen ließ sich Primisser auch späterhin lenken. Vgl. Hirn J., Tirols Erhebung im Jahre 1809, 2. Auflage, S. 17.

<sup>20</sup> Bergmann J., Die fünf gelehrten Primisser in: Berichte und Mitteilungen des Altertumsvereines zu Wien 5 (1861), S. 211. Der Sohn des Schloßhauptmannes, Alois, ist für Oberösterreich dadurch von Bedeutung geworden, daß er zuerst in der Oeffentlichkeit auf den hohen Kunstwert des Altars von St. Wolfgang hingewiesen hat. Zibermayr J., Michael Pachrs Vertrag über die Anfertigung des Altars in der Kirche zu St. Wolfgang in: Mitteilungen des Instituts für österreichische Geschichtsforschung 33 (1912), S. 478 f.

<sup>21</sup> Es war dies das Archiv der österreichischen Niederlande, das später belgisches Archiv genannt wurde. Vgl. Wolf, S. 101.

<sup>22</sup> Wfener Zeitung, Jahrgang 1800, Nr. 70.

<sup>23</sup> Im Einlaufprotokoll des Jahres 1800 findet das Brandunglück dadurch seinen Ausdruck, daß seit dem 25. Juni die Eintragungen nicht mehr vorhanden sind und erst am 16. August wieder beginnen. Bei Neuordnung der Registraturakten hat man im Jahre 1821 diese Lücke durch Nachträge zu ergänzen versucht.

<sup>24</sup> Für das Archiv trifft dies leider nicht vollständig zu. Wie wir wissen, sind die Originalhandschriften Streins damals dem Feuer zum Opfer gefallen und auch die großen Lücken in den „Annalen“, die sich auf ganze Jahrzehnte erstrecken, sind nur durch den Brand zu erklären. Bei der Vermengung, die durch die Rettung verursacht wurde, war es zu diesem Zeitpunkte überhaupt unmöglich, die einzelnen Verluste festzustellen.

<sup>25</sup> Die Angaben bei Stauber, S. 131, sind in diesem Falle nicht in allen Einzelheiten zutreffend. Die Wiederinstandsetzung des Landhauses währte fünf Jahre und verursachte einen Kostenaufwand von mehr als 256.000 Gulden. Stauber, S. 134.

<sup>26</sup> Adler S., Das Gültbuch von Nieder- und Oberösterreich (1898), S. 11 und 20, Anm. 1.

<sup>27</sup> Heute Landstraße Nr. 32.

<sup>28</sup> Eine eingehende Beschreibung des früher weitbekanntes Bauerngutes findet sich bei Kohl J. G., Hundert Tage auf Reisen in den österreichischen Staaten 2 (Dresden 1842), S. 49—56.

<sup>29</sup> Beiträge zur Landes- und Volkskunde des Mühlviertels (Rohrbach 1919), S. 92.

<sup>30</sup> Am 28. Oktober war er noch in Linz, da ihm an diesem Tage vom Obereinnehmeramte 2000 Gulden als Reisevorschuß ausbezahlt wurden. Er selbst erhielt täglich 4 Gulden, sein Begleiter 2 Gulden Diäten zugebilligt.

<sup>31</sup> Dies ist lediglich aus dem Kassebuche zu ersehen, wonach Paumgarten am 11. Jänner und am 17. Februar 1806 nach K a s c h a u 2000 und 2500 Gulden Vorschuß für Reiseauslagen angewiesen erhielt.

<sup>32</sup> Dieser Betrag stimmt genau mit den erhaltenen Vorschüssen, indem Paumgarten noch 297 Gulden gutgeschrieben wurden.

<sup>33</sup> Vgl. Mühlbacher, S. 180 f.

<sup>34</sup> Zibermayr J., Die Vereinigung des Schlüsselberger Archives im Landesarchive zu Linz in: Mitteilungen der dritten (Archiv-)Sektion der k. k. Zentralkommission für Kunst- und historische Denkmale 8 (1911), S. 19.

<sup>35</sup> Mühlbacher, S. 174, Anm. 1.

<sup>36</sup> Dies ist gegen Stieve F., Der oberösterreichische Bauernaufstand des Jahres 1626 (Vorwort) zu betonen.

<sup>37</sup> Für diesen war in den „Annalen“ das Material gesammelt, so daß er den Verlust der Ordnung hier weniger empfand.

<sup>38</sup> Es verdient hervorgehoben zu werden, daß umgekehrt ein anderes Buch, das in Oesterreich schon wegen der Zensurverhältnisse damals nicht hätte erscheinen können, eben im Jahre 1809 nur infolge der Besetzung Tirols durch Bayern veröffentlicht wurde, nämlich Schultes J. A. (Professor an der nunmehr bayerischen Universität zu Innsbruck), Reisen durch Oberösterreich in den Jahren 1794, 1795, 1802, 1803, 1804 und 1808, Tübingen 1809. Dies sei deshalb hier mitgeteilt, weil Schultes auf dem Gebiete der jetzt in Oberösterreich aufkommenden und mächtig anschwellenden Reiseliteratur und Alpinistik dieselbe Stelle einnimmt wie Kurz in der Geschichtsforschung. Durch ihn namentlich wurde unser Salzkammergut, — er nannte es die oberösterreichische Schweiz, — erst ein Ziel des Fremdenverkehrs. Die nachfolgende Literatur, die vorwiegend auf ihn fußt, verzeichnet Weidmann F. C., Der Führer nach und um Ischl (1834), S. 5—9. Schultes ein Hochtourist, der den Glockner erstiegen, drang auch am Dachstein bis zum Gletscher vor. Der Gipfel selbst wurde jedoch erst 1819 erstmals erklommen. Rally W., Der Führer im Salzkammergut (1841), S. 72.

<sup>39</sup> Kurz F., Der Einfall des von K. Rudolf II. in Passau angeworbenen Kriegsvolkes in Oberösterreich und Böhmen (1610—1611). Aus dessen Nachlaß mitgeteilt und mit einer Einleitung versehen von Albin Czerny, Linz 1897.

<sup>40</sup> So Mühlbacher, S. 188 f.

<sup>41</sup> Bei Kurz F., Geschichte der Landwehre in Oesterreich ob der Enns 2 (1811), S. 212—214.

<sup>42</sup> Vgl. Kurz, Landwehr 2, S. 224 f.

<sup>43</sup> Krieg 1809, herausg. vom k. u. k. Kriegsarchiv 3 (1909), S. 694. Zur militärischen Beurteilung vgl. noch S. 98 ff.

<sup>44</sup> Vgl. Krieg 1809, S. 674.

<sup>45</sup> Das Nähere zu ersehen aus der interessanten Abhandlung von Hofmann von Wellenhof: Die k. k. Linzer Wollenzeugfabrik im Kriegsjahre 1809, im 68. Jahresberichte des Museums (1910), S. 95—104.

<sup>46</sup> Pösinger B., P. Beda Planks Fluchtreise 1800—1801, im 63. Jahresberichte des Gymnasiums zu Kremsmünster (1913), S. 3 f. und Planks Fluchtreise 1805—1806 im 64. Programm, S. 7.

<sup>47</sup> Pösinger B., Kremsmünster im Jahre 1809 a. a. O., S. 7, Anm. 4.

<sup>48</sup> Kenner-Gaisberger, Die Münzsammlung des Stiftes St. Florian (1871), S. XXI.

<sup>49</sup> Vgl. Pröll L., Die Landeskommision im Jahre 1809, im 67. Jahresberichte des Museums (1909), S. 10, und Kurz, Landwehr 2, S. 333.

<sup>50</sup> Pröll, S. 79.

<sup>51</sup> Die einzelnen Posten verteilen sich wie folgt:

1. Schiffsfracht auf der Donau . . . . .	25 fl. 11 kr.
2. Bau- und Beleuchtungskosten in der Kirche zu Temesvar . . . . .	64 „ 28 „
3. Fuhrlohn nach der Ankunft in Linz . . . . .	1050 „ — „
4. Reiserechnung der Beamten nach Abzug der Ersatzvorschreibung . . . . .	5442 „ 44 „
5. Belohnung à 250 fl. . . . .	500 „ — „
	7082 fl. 23 kr.
Als Abzug der Erlös für verkauften Wagen . . . . .	90 „ — „
	6992 fl. 23 kr.

Hiezu kommt noch eine Remuneration von à 60 fl., also 120 fl. Wiener Währung.

<sup>52</sup> Der Domherr Franz Haslinger sagt in seinen Aufschreibungen zum Jahre 1810: „Alle diejenigen, die producirten und handelten, litten durch den schlechten Curs wenig oder nichts, indem sie nach dem Curs auf ihre Arbeiten und Waaren aufschlugen, und die große unerhörte Theuerung drückte nur, die von fixen Salarien und Einkünften zu leben hatten.“

<sup>53</sup> Vgl. Kurz, Landwehr 2, S. 331, und Kerchnave H., Bei Linz und Ebetsberg anno neun (1910), S. 127 f.

<sup>54</sup> Vgl. Kerchnave, S. 171 f. Die Abzahlung dieser Invasionskosten nahm das Land nahezu ein Jahrhundert in Anspruch. Pröll, S. 89 f.

<sup>55</sup> Starzer A., Beiträge zur Geschichte der niederösterreichischen Statthalterei (1897), S. 106, 343.

<sup>56</sup> Pritz 2, S. 584 f. und Stauber, S. 84—86.

<sup>57</sup> de Luca J., Landeskunde von Oesterreich ob der Enns 3 (1792), S. 341.

<sup>58</sup> Die Vorräte der Linzer Fabrik waren nach Greinburg gebracht worden; die Flüchtlungsauslagen betragen bei ihr 12.909 Gulden 26 Kreuzer.

<sup>59</sup> Vgl. Berichte über die Verhandlungen des oberösterreichischen Landtages, Jahrgang 1861, S. 51.

<sup>60</sup> Näheres bei Stauber, S. 183 ff.

<sup>61</sup> Näheres bei Zibermayr, Das Schlüsselberger Archiv a. a. O., S. 19 ff.

<sup>62</sup> Dessen Einteilung zu ersehen aus Krackowizer F., Das oberösterreichische Landesarchiv zu Linz (1903), S. 4—10 und 16 f.

<sup>63</sup> Dieser hat auch den früher genannten Universalindex, an dessen Zusammenstellung mehrere tätig gewesen sind, ins Reine geschrieben. So entstand die unrichtige Meinung, er habe diesen verfaßt, ja er sei auch der Ordner des Archives gewesen. Vgl. Berichte über die Verhandlungen des oberösterreichischen Landtages, Jahrgang 1865, S. 92 und das Vorwort zu den „Ephemeriden“.

<sup>64</sup> Stauber F., Chronologische Auszüge über die Wirksamkeit der Stände des Landes ob der Enns, 1859, Mskr. 672 S. — Stauber F., Die Stände ob der Enns, 1859, Mskr. 383 S. — Stauber F., Historische Ephemeriden über die Wirksamkeit der Stände des Landes ob der Enns, 1860, Mskr. 1116 S.; umgearbeitet 1866, 815 S. — Stauber F., Miscellanea zur Geschichte des Landes Oesterreich ob der Enns. 1. Bd. (Landschaftsschule; aus den ständischen Archivakten und Annalen entnommen und kopiert von . . .) s. d. Mskr. 761 S. — Von diesen Werken sind nur die „Ephemeriden“ im Jahre 1884 im Drucke erschienen, und zwar nach der Bearbeitung des Jahres 1866; auch die Geschichte der Stände hätte recht wohl die Veröffentlichung verdient. In dieser wird zum erstenmal das von ihm geordnete „geheime Archiv“ wissenschaftlich zu verwerten versucht.

<sup>65</sup> Vgl. Pailler W., Jodok Stülz (1876), S. 153.

<sup>66</sup> Kurz, Beyträge 2, S. XI f.

# ZOBODAT - [www.zobodat.at](http://www.zobodat.at)

Zoologisch-Botanische Datenbank/Zoological-Botanical Database

Digitale Literatur/Digital Literature

Zeitschrift/Journal: [Jahrbuch des Oberösterreichischen Musealvereines](#)

Jahr/Year: 1920

Band/Volume: [78](#)

Autor(en)/Author(s): Zibermayr Ignaz

Artikel/Article: [Die Flüchtung des Archives der oberösterreichischen Landschaft in den Franzosenkriegen. 64-86](#)